

Die Maoisten — die modernen Volkstümler

ROTE FAHNE
ZENTRALORGAN DER KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (KPD)

SAG

Vorwort der IS

Wir veröffentlichen diese Broschüre digital, weil sie sehr plastisch das Selbstverständnis und die gewerkschaftliche Arbeit der studentischen Mao-Stalinisten der 68er skizziert. Es ist heute (2004) nicht mehr viel übrig von diesen Parteien – die Mehrzahl hat sich in den Grünen aufgelöst und der Rest bei attac – aber es werden noch lange Voluntarismus und Substitutionismus den Klassenkampf schaden.

Nur ein Punkt ist nicht leninistisch beleuchtet worden: Die Parteaufbaufrage:

„Solange sie noch nicht erfüllt sind (sich in der Arbeiterklasse zu verankern) - und das ist heute der Fall - wird jeder Versuch der Parteiprotektion ebenso im Sande verlaufen und im Sektierertum enden, wie das bei den bisherigen "Parteigründungen" der Fall war. Solche Ansätze zum Parteaufbau werden - auch wenn sie sich noch nicht selbst als Partei verstehen wie der KBW - ebenso wie die ML-Parteien unter den Zwang geraten, sich selbst falsche Tatsachen vorzuspiegeln und die gleichen Fehler der Studentenbewegung wiederholen zu müssen: Substitutionismus und Dogmatismus.“

Die SAG hatte 1974 noch kein Parteaufbauverständnis. Sie schrieb: *„Trotzdem ist gerade die Entstehung einer von der Sozialdemokratie und vom Stalinismus unabhängigen revolutionären Linken von größter Bedeutung für die Möglichkeit des Parteaufbaus in der Zukunft“.*

Die SAG sah die gesamte revolutionäre nichtstalinistische Linke als die zukünftige Partei und sich nur als den Teil, der die Theorien dazu liefert: *„Die SAG sieht es daher heute als eine ihrer wichtigsten Aufgaben an, innerhalb der revolutionären Linken den theoretischen Kampf um die Vorbereitung der revolutionär-marxistischen Tradition aufzunehmen“* (Beide Zitate aus: "Was will die SAG", 1. Auflage 1974).

1980 aber änderte sie ihre Haltung und schrieb: *„Dazu ist es notwendig, den Kern einer zukünftigen revolutionären Partei zu schaffen. Diesen Kern aufzubauen, ist das Ziel der SAG“* ("Was will die SAG", 2. veränderte Auflage, 1980).

Natürlich ist man mit 5.000 Mitgliedern wie der KBW noch keine Arbeitermassenpartei, aber hat schon Einzelne mit Massenbewusstsein, die noch keine Tradition in Kleingruppenarbeit haben, rekrutiert. Für auch nur die ersten Arbeiter aber, muss man schon als Partei auftreten und alle Sinne ansprechen.

Norbert Nelte

Herausgegeben von der
Sozialistischen Arbeiter-Gruppe
1. Mai 1974
verantwortlicher Redakteur:
Brigitte Niemeyer
über Kontaktadresse der SAG c/o
G.Schmitt
6 Frankfurt/Main
Postfach 433
Druck: Inversa Druck

INHALT	Seite
I. Einleitung	1
Warum setzen wir uns mit dem Maoismus auseinander?	
II. Die antiautoritäre Studentenbewegung 1967-69	2
Die Studentenbewegung als Ursprung der heutigen revolutionären Linken in der BRD. Der radikaldemokratische Charakter der Studentenbewegung	
III. Die Entstehung des Maoismus aus der Studentenbewegung	7
Die Wendung der Studentenbewegung zur "Betriebsarbeit" -	
Die falsche Berufung der maoistischen Parteaufbaugruppen auf Lenin. Wie ist die Orientierung an Stalin und Mao zu erklären?	
Dogmatismus und Bürokratismus der maoistischen Bewegung	
IV. Die Entwicklung der maoistischen Bewegung	14
Das organisatorische Dilemma der maoistischen Bewegung: Voluntarismus an der Spitze und Opportunismus an der Basis. Die rechtsopportunistische Tendenz der maoistischen Bewegung:	
KABD und Arbeiterbund. Die linksradikale Linie:	
Die Gruppe KPD (Rate Fahne) .	
V. Kommunistischer Bund (KB) und Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)	22
KB und KBW als gegenwärtig wichtigste Gruppen der revolutionären Linken in der BRD	
VI. Zum KB	23
Die Halbheit der "Revisionismuskritik" des KB. Der opportunistische Charakter der "Faschismustheorie" des KB	
VII Zum KBW	34
Unsere Kritik am Selbstverständnis des KBW	
Einschätzung der historischen Entwicklung des Imperialismus	35
Die Dogmatisierung der Lenin'schen Imperialismustheorie des KB W und ihre politischen Folgen	
Bedingungen des Parteaufbaus	38
Der Parteaanspruch des KBW. Der KBW bleibt die Antwort auf die Frage nach den Voraussetzungen des Parteaufbaus schuldig. Die Fehler des Parteaufbaukonzepts des KBW und ihre Konsequenzen für die Politik des KBW	
Die demokratischen Forderungen	44
Der illusionäre Charakter der demokratischen Forderungen. Unter welchen historischen Bedingungen entstanden die "demokratischen Forderungen" im Programm der Bolschewiki? Die "demokratischen Forderungen" des KBW und das Programm der "antimonopolistischen Demokratie" der DKP.	
Zur Betriebs- und Gewerkschaftspolitik des KBW	52
Die Kontroverse um die Kühl-Maier-Thesen. Die von der Mehrheit des KBW vertretene Einschätzung der spontanen Streiks und der Zusammenhang dieser Einschätzung mit dem Parteaufbaukonzept	

I. Einleitung

Das politische Selbstverständnis der heutigen maoistischen Bewegung in der Bundesrepublik ist durch zwei Elemente bestimmt: Erstens sieht sie in der Theorie und Politik der KP Chinas ihr Vorbild für eine revolutionäre, sozialistische Strategie und lehnt sich in ihren Organisationsvorstellungen, ihrer Klassen- und Staatstheorie und den daraus folgenden politischen Perspektiven mehr oder weniger an die "Ideen Mao Tse Tungs" an. Zweitens betrachtet sie sich selbst als den legitimen Erben der revolutionären Traditionen der europäischen Arbeiterbewegung, des Leninismus und der III. Internationale. Diese sehen sie durch die "revisionistische" Entwicklung der Sowjetunion, der Ostblockländer und der Kommunistischen Parteien, die sich nach ihrer Ansicht nach dem Tode Stalins durchsetzte, verraten.

Eine Kritik dieses Selbstverständnisses kann nicht allein auf der Ebene einer abstrakten Auseinandersetzung mit den von den maoistischen Gruppen vertretenen politischen Positionen geschehen. Die maoistische Bewegung, wie die revolutionäre Linke in der BRD überhaupt, lässt sich allein aus ihrer historischen Entstehungsgeschichte angemessen verstehen und kritisieren. Diese Entstehungsgeschichte der maoistischen Bewegung ist höchst paradox: Die in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre aufgebrochene jugendliche Protestbewegung verband sich mit den verknöcherten Überresten der alten Arbeiterbewegung, dem Alt-Stalinismus. Wenn dieser Alt-Stalinismus zu neuem Leben kam, so verdankt er das nicht seiner eigenen Kraft, sondern der antiautoritären Protestbewegung, die ihn - aus ganz anderen politischen Ursprüngen - mit frischem Blut versorgte: Wie war diese merkwürdige Ehe möglich?

Unsere Broschüre versucht dieser Frage nachzugehen. Sie versucht zu zeigen, dass zwischen der antiautoritären Protestbewegung und der späteren maoistisch-stalinistischen Bewegung ein innererpolitischer Zusammenhang besteht, ja, dass der Maoismus als konsequente Fortsetzung der antiautoritären Bewegung verstanden werden kann. Dass die antiautoritäre Bewegung sich so entwickelte, ist in der objektiven Lage der revolutionären Intelligenz in der BRD begründet: in dem niedrigen Niveau der Klassenkämpfe, der Degeneration des Klassenbewusstseins der Arbeiterklasse, die zwanzig Jahre Nachkriegsprosperität hinterlassen haben und der daraus sich erklärenden Isolierung der revolutionären Intelligenz gegenüber der Arbeiterklasse. Aus dieser Isolierung entstanden die "Kinderkrankheiten" der heutigen revolutionären Linken in der BRD: ihr Substitutionismus, d.h. ihre Neigung, die eigenen Ideen und Handlungen an die Stelle des wirklichen Handelns der Arbeiterklasse zu setzen, und ihr Dogmatismus, also ihr Versuch, die nicht vorhandene, konkrete revolutionäre Praxis durch einen Rückgriff auf die Vergangenheit und auf die "Dritte Welt" zu ersetzen. Nur aus diesen "Kinderkrankheiten" kann erklärt werden, warum Mao und Stalin so populär in der revolutionären Linken wurden.

Der Maoismus ist heute die dominierende Strömung der revolutionären Linken in Westdeutschland - in Gegensatz zu anderen westeuropäischen Ländern, Frankreich, Italien und England, wo weder der Maoismus noch

der Stalinismus eine so beherrschende Rolle in der revolutionären Linken spielt. Eine offene Auseinandersetzung mit dem maoistischen Substitutionismus ist deshalb heute notwendiger denn je, weil dieser - in einer Zeit erwachender ökonomischer Kämpfe der Arbeiterklasse auch in der BRD - zu einem Hindernis für die Verbindung von revolutionärer Intelligenz und Arbeiterklasse zu werden droht.

Die maoistischen Gruppen haben sich stets heftig gegen die Behauptung gewehrt, dass zwischen ihren Positionen und der antiautoritären Studentenbewegung ein innerer Zusammenhang bestehen könnte. Sie schöpften ihr Selbstverständnis gerade aus der Abgrenzung gegenüber diesen Strömungen, aus ihrem Pochen auf ihren "proletarischen", "marxistisch-leninistischen" Standpunkt. Die Differenz ist jedoch - wie unsere Broschüre zeigen will - keineswegs so groß, wie die betreffenden Gruppen selbst glauben. Die revolutionäre Linke in der BRD wird erst dann wirkliche Fortschritte machen können, wenn sie sich von dieser Zerrgestalt des "Marxismus-Leninismus" lossagt und wieder an das wirkliche Marxsche und Leninsche Denken anknüpft.

II. Die antiautoritäre Studentenbewegung 1967-69

Die antiautoritäre Studentenbewegung, wie sie sich in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre in der BRD entwickelte, hatte entscheidenden Anteil daran, dass in der BRD nach einer Zeit politischer Kirchhofsruhe seit den fünfziger Jahren überhaupt wieder eine neue radikale Linke entstehen konnte. Diese neue Linke hatte zunächst kein sozialistisches, sondern ein antiautoritär-radikal-demokratisches Selbstverständnis. Sie entstand jedoch unabhängig von den traditionellen ideologischen Tendenzen der Arbeiterbewegung, Sozialdemokratie und Stalinismus. Damit brachte sie die entscheidenden Voraussetzungen mit, um zum Keim einer neuen revolutionären sozialistischen Linken zu werden.

Ansatzpunkt der Studentenbewegung waren zunächst linksliberale Proteste gegen die Politik der USA und westlichen Länder in der Dritten Welt. Die Reaktion der Staatsmacht auf diese Proteste führte zu einer Radikalisierung der Bewegung, die ihre liberale Ausgangsbasis immer mehr in Frage stellte: Als weiterer Faktor kam die Bildung der Großen Koalition Ende 1966 hinzu, die in der damaligen Linken große Enttäuschung über die SPD hervorrief. So entwickelte sich innerhalb der Studentenbewegung eine radikale Kritik am parlamentarischen System, die ihren positiven Bezugspunkt in der Begeisterung für die Befreiungsbewegungen der Dritten Welt fand. Aus der Rolle des US-Imperialismus in der Dritten Welt erschloß sich für die Studentenbewegung die Einsicht in den wahren Charakter der "demokratischen" Regierungen des Westens. Der Polizeiknüppel, den die Studenten auf den Vietnam- und Iran-Demonstrationen zu spüren bekamen, gab diesem Lernprozeß kräftigen Nachdruck.

In den Springer- und Notstandsaktionen und den Aktionen an der Hochschule machte die Studentenbewegung einen Schritt von nur abstraktem Protest zu einer weiteren Politisierung der Bewegung. Gleichzeitig machten vor allem die Notstandsaktionen der Studentenbewegung ihre eigene Isolierung als eine weitgehend auf die studentische Intelligenz

beschränkte Bewegung deutlich. Deshalb begann hier die Wendung zur Arbeiterklasse, die ihren Ausdruck in dem zunehmend sozialistischen Charakter der Parolen des SDS fand ("Klassenkampf statt Sozialpartnerschaft" war z.B. die Parole des SDS zum 1. Mai 1968).

Trotzdem blieb die Studentenbewegung ihrem Grundcharakter nach eine radikale demokratische Bewegung. Der Ausgangspunkt ihres politischen Selbstverständnisses blieb die Kritik der Realität der bürgerlichen Klassengesellschaft auf der Grundlage der bürgerlichen Emanzipationsideale. Nicht der beschränkte Charakter dieser Ideale selbst, sondern das Abweichen der Staatsmacht von den Normen bürgerlicher Liberalität (Öffentlichkeit, demokratische Willensbildung, Gewaltlosigkeit usw.) stand im Zentrum der Kritik und der Aktionen der Studentenbewegung. Dieses radikaldemokratische, "antiautoritäre" Bewusstsein fand seinen konzentrierten Ausdruck in den Theorien, die damals in der Studentenbewegung populär wurden: vor allem die Horkheimers und Marcuses. Die wichtigsten Gedanken dieser Theorien und die Konsequenzen, die die Studentenbewegung aus ihnen zog, sollen im folgenden kurz zusammengefasst werden.

a) Die Theorien Horkheimers und Marcuses zeichnen das Bild einer total gelenkten Gesellschaft. Durch umfassende Eingriffe in die Wirtschaft ist es dem Staat gelungen, die Krisengesetzlichkeiten des kapitalistischen Systems auszuschalten. Die geplante Verschwendung von Produktivkräften, die Rüstungswirtschaft, die Stimulierung des Massenkonsums durch die Werbung sichern fortdauernde Prosperität. Die Folge ist eine grundlegende Veränderung der Klassenstruktur der Gesellschaft. Die Bedürfnisse der Arbeiterklasse nach einem besseren Lebensstandard, an denen sich die Klassenkämpfe früherer Zeiten immer wieder entzündet hatten, können nun befriedigt werden. Ihre Erfüllung steht in keinem wirklichen Widerspruch mehr zu den objektiven Erfordernissen des Systems, ja wird Voraussetzung seiner Stabilität. So gelingt es der herrschenden Klasse, die Arbeiterklasse politisch mit der bestehenden Gesellschaft zu versöhnen. Die Arbeiterklasse hört auf, eine revolutionäre oder auch nur der Möglichkeit nach revolutionäre Kraft zu sein: Sie wird 'in den herrschenden "Konsensus" einbezogen. Die Klassenunterschiede werden immer bedeutungsloser.

b) Trotzdem behält die bestehende Gesellschaft ihren repressiven Charakter. Sie ist zwar in der Lage, die materiellen Lebensbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen. Die kapitalistische Entwicklung hat jedoch zu einer Entwicklung der Produktivkräfte geführt, die - theoretisch eine viel weiter gehende Befriedigung von Bedürfnissen erlauben würde. Die herrschende "Leistungsideologie", die Disziplin des Arbeitsprozesses, die Notwendigkeit der materiellen Existenzsicherung überhaupt sind Formen "überflüssiger Unterdrückung", die in einer "rational organisierten" Gesellschaft weitgehend verschwinden würden. Der "autoritäre Staat", wie das bestehende Herrschaftssystem bezeichnet wird, ist darauf ausgerichtet, die Einsicht in solche alternativen Möglichkeiten der gesellschaftlichen Entwicklung bei der Bevölkerung systematisch zu verhindern. Die traditionellen bürgerlichen Ideale der öffentlichen, demokratischen Diskussion und Meinungsbildung stehen zu diesem Ziel in Widerspruch; sie müssen abgeschafft werden. An ihre Stelle tritt eine umfassende Steuerung des Massebewusstseins durch

Werbung und "gleichgeschaltete" Presse, die die Bedürfnisse so lenkt, dass sie mit der Realität nicht in Konflikt geraten können. Wo Einzelne dennoch Widerspruch wagen, kann diese latente Form der Unterdrückung durch Steuerung des Bewusstseins leicht in offene Unterdrückung, in Gewalt und Terror umschlagen. Der "autoritäre Staat" ist also - so lautet die Schlussfolgerung - stets potentiell faschistisch.

c) Die Arbeiterklasse ist nicht mehr fähig, dieses umfassende Unterdrückungssystem aufzubrechen. Sie ist zum Opfer der herrschenden Konsumideologie geworden, die die Bedürfnisse an das bestehende System und dessen Möglichkeiten bindet. Die Theoretiker der antiautoritären Bewegung waren von einer tiefen Verachtung für den gewerkschaftlichen Lohnkampf erfüllt. Die wirkliche Befreiung konnte nach ihrer Ansicht nur von "autonomen" Bedürfnissen ausgehen. Träger dieser autonomen Bedürfnisse konnte natürlich nicht die Arbeiterklasse, sondern nur die "Randgruppen", allen voran die studentische Intelligenz sein. Aus diesem Gedanken leitete die antiautoritäre Studentenbewegung ihr politisches Selbstverständnis ab. Sie verstand sich selbst als eine "Avantgarde" gegenüber der übrigen Bevölkerung, deren Aufgabe es sein müsse, die Bevölkerung durch "exemplarische Aktionen" aufzurütteln und eine "Gegenöffentlichkeit" zu schaffen, in der den Massen ihre wirklichen Bedürfnisse vermittelt werden könnten. Krahl, einer der führenden Theoretiker des SDS, formuliert das so: "... Und die Frage, vor der wir heute stehen, die Horkheimer sich niemals stellen würde, ist die: wie kann eine politische Intellektuellenbewegung überhaupt Zugang finden zur Arbeiterklasse, dergestalt, dass sie Initiator von Bildungsprozessen wird, die den lohnabhängigen Massen emanzipatorische Bedürfnisse nach Freiheit, Kritik, selbständigem und mündigem Handeln vermitteln, auf der Basis einer nicht mehr vorhandenen Verankerung in materiellen Bedürfnissen nach der Beseitigung von Hunger und Elend." (Krahl, Konstitution und Klassenkampf, Ffm. 1972, S. 235) Dieses Zitat macht den elitären Zug des Selbstverständnisses der Theoretiker der antiautoritären Bewegung besonders deutlich. Ohne es direkt zuzugeben, gingen sie davon aus, dass die "Masse" zu selbständigem und mündigem Handeln nicht fähig sei, sondern dazu der Anleitung der Intellektuellen bedürfe. Sie sahen die Wurzel der gesellschaftlichen Widersprüche nicht mehr im Klassengegensatz, sondern in dem Konflikt zwischen dem aufgeklärten Einzelnen und dem "autoritären Staat". Deshalb musste den "aufgeklärten Einzelnen", sprich den Intellektuellen, die Rolle als Führer der "Befreiung" zukommen.

Um diese Meinung theoretisch abzusichern, wurde noch eine andere Argumentation herangezogen. Die zunehmende Bedeutung der Wissenschaft in der Produktion, so wurde gesagt, führe zu einer Annäherung der sozialen Lage der Intelligenz an die des Proletariats. Deshalb dürfe man heute nicht mehr von einem "industrieproletarisch verengten" Klassenbegriff des Proletariats (Krahl) ausgehen, weil die Intelligenz selbst immer mehr zum Proletariat gehöre. Das Bestreben, die Intelligenz als führende revolutionäre Kraft nachzuweisen, führt hier also zu einer tendenziellen Auflösung des marxistischen Klassenbegriffs. Der Begriff des "Volkes", den die maoistischen Gruppen später von Mao Tse Tung übernehmen, ist hier klar vorgezeichnet.

Es liegt auf der Hand, dass dieser radikale Populismus (Volkstümelei), auch dort, wo er in marxistischer Sprache auftritt, tatsächlich mit Marxismus wenig zu tun hat, sondern zutiefst durch bürgerliche Denktraditionen beeinflusst ist. Am offensten kommt diese Bindung an die bürgerliche Ideologie wohl in der Naivität zum Ausdruck, mit der die Theoretiker der antiautoritären Bewegung das Bild der "Wohlstandsgesellschaft" akzeptierten, das bürgerliche Publizisten so gern propagieren, und in der Verachtung, die sie den "nur ökonomischen" Konsumbedürfnissen der Arbeiterklasse entgegenbrachten.

Aber noch in einem weiteren und tieferen Sinn besteht eine Verwandtschaft zwischen dem bürgerlichen Denken und den Theorien der antiautoritären Studentenbewegung. Es war stets ein grundlegendes Merkmal radikaler bürgerlicher Befreiungsbewegungen, dass sie im Namen von Prinzipien auftraten, die sie selbst für allgemeine Menschheitsideale hielten, die in Wirklichkeit jedoch nur die besonderen Interessen der bürgerlichen Klasse ausdrückten. Hinter den abstrakten Ideen von Freiheit, Gleichheit, und Vernunft, die die bürgerlichen Freiheitsbewegungen im 18. Jhd. proklamierten, verbargen sich die besonderen Interessen des aufstrebenden Bürgertums, das die freie Konkurrenz und die bürgerliche Rechtsordnung zur Absicherung des Privateigentums durchsetzen wollte. Träger dieser idealistischen Aufklärungsideen war vor allem das radikale Kleinbürgertum. Die unterdrückten, arbeitenden Massen spielten in diesen Bewegungen keine selbständige politische Rolle; sie gingen zwar auf die Barrikaden, kämpften jedoch nicht für ihre eigenen Ziele, sondern für Ziele, die die bürgerlichen Ideologen als ihre eigenen predigten. Die kleinbürgerlichen Führer sahen in den Massen nur ein "Sprungbrett", das ihnen selbst zur politischen Macht verhelfen sollte. Dort, wo sie ihr Ziel erreichten, konnten die ursprünglich proklamierten Freiheitsideen nur zu leicht in ihr scheinbares Gegenteil, die terroristische Erziehungsdiktatur, umschlagen, wie der Terror der Jakobiner in der französischen Revolution zeigt.

So bedeutungslos die Studentenbewegung auch gegenüber ihren großen historischen Vorbildern war, ist ihr mit ihnen doch eines gemeinsam: In der gleichen Naivität, mit der das radikale Kleinbürgertum seine besonderen Interessen für allgemeine Menschheitsideale ausgab, proklamierte die antiautoritäre Studentenbewegung die sich aus der besonderen sozialen Lage der kleinbürgerlichen Intelligenz ergebenden Bedürfnisse als *"historisch neue Vernunftprinzipien der Emanzipation"* (Krahl). Ähnlich, wie die Ideologen der bürgerlichen Revolutionsbewegungen den Massen eine bloße Objektrolle zugeordneten - nämlich: Träger, Material ihrer Ideen zu sein - wollte die antiautoritäre Studentenbewegung den Massen ihre wahren Bedürfnisse vermitteln. Das voluntaristische und idealistische Moment der antiautoritären Studentenbewegung - wir werden weiter unten sehen, in welcher Form es im späteren "Marxismus-Leninismus" und Maoismus wieder auftaucht - hat tiefe Wurzeln in der Struktur bürgerlicher Politik und bürgerlichen Denkens. Aus ihm schöpfte die Studentenbewegung den revolutionären Elan, mit dem sie gegen die Ordinarienuniversität und die Staatsmacht ankämpfte:

III. Die Entstehung aus des Maoismus aus der Studentenbewegung

Die Studentenbewegung als isolierte, auf die Hochschule beschränkte Bewegung, stieß bald an die Grenzen ihrer Möglichkeiten. Die Vorstellung, durch eine Radikalisierung des Kampfes an der Hochschule die gesellschaftlichen Machtverhältnisse verändern zu können, erwies sich, als Illusion. Die Konsequenz war die Auflösung des SDS und die Wendung der Studentenbewegung zur "Betriebsarbeit", die im Laufe des Jahres 1969, vor allem nach den Septemberstreiks, einsetzte. Die Plattform der "PL/PI" (Proletarische Linke/Parteiinitiative), einer Gruppe, die damals in Westberliner Betrieben arbeitete, beschreibt diesen Übergang wie folgt: "Die Studentenbewegung hatte durch die Kämpfe in den Jahren 1968/69 das Bewusstsein erworben, dass die einzelnen Widersprüche, an denen sich ihre einzelnen Kämpfe entzündeten, nur durch die Revolution des Proletariats gelöst werden können. Konsequenz dieses Bewusstseins war die Einsicht in die Beschränktheit und Vergeblichkeit eines rein studentischen Kampfes, dessen Schwerpunkt noch dazu in der Hochschule liegt. Verengte zudem bis zu diesem Zeitpunkt die schwere Niederlage, die das deutsche Proletariat durch den Faschismus erlitten hatte, das Bewusstsein der studentischen Rebellen, vermochten diese trotz der französischen und italienischen Arbeiterkämpfe nicht wirklich an ein revolutionäres deutsches Proletariat zu glauben, so waren die ersten Erfolge studentischer Betriebsarbeit, die im Sommer 1969 erkämpft wurden (vgl. "Harzer Papier"), waren aber vor allem die Septemberstreiks des westdeutschen Proletariats eine wichtige Voraussetzung für die PEI-Genossen, mit der Arbeit im Betrieb zu beginnen." (Rote Presse-Korrespondenz Nr. 74/75, S.1/2)

Zwei Entwicklungen waren es also, die den Ausschlag für die Wendung in die Betriebe gaben: Die Desillusionierung über den Hochschulkampf, zweitens die Septemberstreiks, die in der damaligen Situation allgemeiner Resignation der Studentenbewegung wie eine Offenbarung wirkten und sofort als Anzeichen für ein revolutionäres Erwachen des deutschen Proletariats interpretiert wurden. Die gleichen Hoffnungen, die man vorher auf die "Umwälzung des Produktionsbetriebs Wissenschaft" gehegt hatte und begraben musste, wurden jetzt auf die Arbeiterklasse übertragen.

Diese illusionäre Einschätzung der Septemberstreiks wurde nicht nur von den Gruppen vertreten, die früher Anhänger des antiautoritären Flügels gewesen waren, sondern auch von dem Heidelberger Flügel des SDS, der schon früher eine "leninistische" Gegenposition zu der herrschenden antiautoritären Strömung vertreten hatte. Über sie wird in einem damals erschienenen Papier der SAG (Septemberstreiks und die Aufgaben der revolutionären Linken - eine Kritik an Lefevre und anderen, Schulungsbroschüre der SAG Nr. 1) das Notwendige gesagt. Hier soll untersucht werden, welche Konsequenzen die mit den Septemberstreiks einsetzende "Wendung in die Betriebe" auf das politische Selbstverständnis der Studentenbewegung hatte.

Von 1969 an bildeten sich überall studentische Zirkel, die begannen, "Betriebsarbeit" zu machen. Parallel damit ging häufig eine - wie es schien -

prinzipielle Kritik des antiautoritären Bewusstseins und der eigenen Organisationsvorstellungen. Eine Broschüre des KABD (Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands), einer aus einer Verschmelzung zweier ML-Gruppen im süddeutschen Raum entstandene Gruppe, formuliert sie so: "Die antiautoritären Vorstellungen entwickelten sich unseres Erachtens spontan aufgrund der kleinbürgerlichen Klassenherkunft dieser Genossen. Viele von ihnen haben inzwischen eingesehen, dass es zwischen Proletariat und Kleinbürgertum keine "Synthese" geben kann, dass man sich entscheiden muss - einige von ihnen haben sich für das Proletariat entschieden und deshalb auch ihre Ansicht über die proletarische Organisation, d.h. über die Avantgarde-Partei geändert. Eine Studentenbewegung an sich, losgelöst von der Arbeiterbewegung, muss kleinbürgerlich bleiben, eine blinde Rebellion gegen die Gesellschaftsordnung, ohne fähig zu sein, diese zu verändern. Darauf kommt es aber an. Der Kampf der Studenten gegen die reaktionäre Verfassung der Universität, um eine Hochschulreform, muss wie jeder Kampf um Reformen Erziehung für einen höheren Kampf sein: Für den Kampf zum Sturz der kapitalistischen Gesellschaftsordnung! Das ist aber nur im Bündnis mit der Arbeiterklasse möglich. Ein solches Kampfbündnis kann weder zustande kommen noch erfolgreich sein, wenn die revolutionären Studenten nicht mit dem kleinbürgerlichen Antiautoritarismus und Neanarchismus Schluss machen." (Revolutionärer Weg 3/70, S. 69/70)

In der antiautoritären Bewegung war Lenin ausgesprochen unpopulär gewesen. Leninismus wurde mit Stalinismus identifiziert; beides war aber gleichbedeutend mit Unterdrückung individueller Spontaneität, rigider Disziplin und Zentralismus. Nun entwickelte sich gleichsam über Nacht eine große Zahl früherer Antiautoritärer zu "Leninisten", die sich zur Kaderpartei und zum "demokratischen Zentralismus" bekannten. Lenins "Was tun?" aus dem Jahre 1902 wurde zu einem vielgelesenen Text, aus dem die neugebackenen "Leninisten" ihr Selbstverständnis schöpften und auf den sich die neu entstehenden Studentenparteien beriefen. Das Proletariat, so hieß es, benötige die Führung einer marxistisch-leninistischen Partei. Denn nur so könne ihm ein revolutionäres Klassenbewusstsein vermittelt und der "nur ökonomische Kampf auf eine politisches ‚Niveau‘ gehoben werden. Deshalb sei es nun die zentrale Aufgabe der Intelligenz, sich mit dem Proletariat zu verbinden und die marxistisch-leninistische Partei aufzubauen:

Um diesen Führungsanspruch der Intelligenz zu rechtfertigen, wurden die Passagen aus "Was tun?" zitiert, in denen Lenin die These vertritt, dass die Arbeiterklasse spontan, aus eigenen Kräften nicht über ein radikales gewerkschaftliches Bewusstsein hinausgelangen könne und es die Aufgabe der revolutionären Intelligenz sein müsse, den wissenschaftlichen Sozialismus in die Arbeiterbewegung hineinzutragen. Dieses Heranziehen von Lenin-Zitaten zur Rechtfertigung der eigenen Praxis war eines der deutlichsten Beispiele für die Naivität, mit der die maoistischen "Kaderparteien" Lenin für ihre Zwecke umzufunktionieren suchten. Die Aussagen von Lenin wurden als allgemeingültige Dogmen behandelt, ohne die bestimmte historische Situation zu berücksichtigen, in der sie entstanden und auf die sie bezogen

waren. Wenn die neuen, "marxistisch-leninistischen" Gruppen sich gegenseitig den Vorwurf des "Ökonomismus" an den Kopf warfen, so übersahen sie, dass das, was sie mit diesem Begriff meinten, nicht das geringste mit dem Sinn des Leninschen Begriffs zu tun hatte. Unter dem "Ökonomismus" verstand Lenin eine bürgerliche Strömung der damaligen russischen Linken, die die Kämpfe des Proletariats auf die nur-gewerkschaftliche Ebene beschränken wollte, um der Bourgeoisie das Feld der Politik zu überlassen. Die Arbeiterklasse sollte die Rolle einer bloßen Hilfstruppe der Bourgeoisie spielen. Solche Vorstellungen vertraten die Ökonomen gerade in einer Situation eines ungeheuren Aufschwungs der Kämpfe der Arbeiterklasse, die die Grenzen des nur gewerkschaftlichen Kampfes bereits hinter sich gelassen hatten und auch für die Bourgeoisie zu einer politischen Gefahr wurden. Die Intellektuellenzirkel der damaligen russischen revolutionären Linken waren hinter diesem Aufschwung der Arbeiterbewegung politisch weit zurückgeblieben. Lenins Kritik an ihnen war, dass sie wegen ihrer lokalen Zersplitterung und ihrer "handwerklerischen" Beschränkung auf die rein gewerkschaftliche Aktion den politischen Aufgaben der Organisation und Vereinheitlichung der Kämpfe nicht gerecht werden konnten, die die sich damals rapide entwickelnde Arbeiterbewegung an sie stellte. Lenin begriff den revolutionären Sozialismus als Antwort auf die Bedürfnisse und Erfahrungen, die die russische Arbeiterbewegung im Verlauf der Kämpfe nach 1896 entwickelt und gesammelt hatte. So sehr Lenin sich von der Anbetung der Spontaneität durch die Ökonomen distanzierte und die Bedeutung revolutionärer Prinzipien und Organisation betonte, so wenig konnten diese Prinzipien nach seiner Auffassung die realen Erfahrungen der Arbeiterklasse ersetzen. Die Bildung einer revolutionären Organisation des Proletariats geht mit diesem Erfahrungsprozess einher und kann sich nur auf seiner Grundlage konstituieren; sie kann nicht durch die abstrakte theoretische Überzeugung allein aus der Taufe gehoben werden.

Die heutige Situation der westdeutschen Arbeiterbewegung unterscheidet sich grundlegend von der der russischen während der Jahrhundertwende. Die gewerkschaftlichen Kämpfe des westdeutschen Proletariats sind heute noch kaum entwickelt, die Grenzen des gewerkschaftlichen Kampfes noch bei weitem nicht erreicht, geschweige denn, dass bereits Kämpfe gegen die Staatsmacht geführt würden. Trotzdem glauben viele der nach 1969 entstandenen ML-Zirkel und viele der maoistischen Gruppen bis heute, die damals von Lenin formulierten Aufgaben der revolutionären Linken wörtlich auf die Gegenwart übertragen zu können. In einer Situation, in der die gewerkschaftlichen Kämpfe sich kaum zu entwickeln beginnen, meinen sie, die Kämpfe auf eine politische Ebene "heben" und die Arbeiter zu einem revolutionären Klassenbewusstsein "anleiten" zu müssen. Anstatt Antworten auf die existierenden Kämpfe der Arbeiter zu geben, meinen sie, Kämpfe nach ihren eigenen Vorstellungen in Gang bringen zu müssen. Eine 1973 erschienene Selbstkritik einer Fraktion eines auseinanderbrechenden ML-Zirkels (des KB/ML Westberlin) kritisiert dieses Verhalten richtig wie folgt: "Es wurde nicht gefragt, welche realen Bedingungen in der BRD und WB für eine organisierte politische Arbeit existierten, welchen Stand die linke Bewegung im antikapitalistischen Kampf erreicht hatte, sondern Antworten, die die revolutionäre Bewegung in Russland gefunden hatte, wurden aus

dem konkreten historischen und Sinn-Zusammenhang gerissen und den hiesigen Verhältnissen dogmatisch übergestülpt, um als Beweiskraft für die eigene politische Praxis erhalten zu müssen." ("Kommunist"-Sondernummer 4: Auflösung und Lernprozesse eines ML,-Zirkels, S, 7) Durch diese ungeschichtliche Auffassung der Leninschen Begriffe wird ihr Sinn in ihr Gegenteil verkehrt. Sie werden zu einer Sammlung von Dogmen, die nicht zur Anleitung des praktischen Handelns dient, sondern die Arbeiterbewegung zu blitzblanker revolutionärer Reinheit ummodellieren soll.

Wie konnte es zu dieser ungeheuerlichen Verzerrung des Leninschen Denkens kommen? Eine Erklärung dafür ergibt sich aus der antiautoritären Vergangenheit der maoistischen Zirkel, die eben analysiert wurde. In der Tat hatte der idealistische Missionsanspruch, mit dem die "Leninisten" der sich zur Betriebsarbeit hinwendenden Studentenbewegung auftraten, weit mehr mit dieser Vergangenheit gemeinsam als mit Lenin selbst: Die Avantgarde-rolle, die die radikaldemokratische Studentenbewegung gegenüber den Massen als ihr fortgeschrittenster Teil spielen wollte, ist unschwer in dem Avantgardeanspruch der neu entstehenden studentischen "Kaderparteien" wiederzuerkennen.

Warum dieser radikaldemokratische Missionsanspruch jetzt allerdings in "leninistischer" Verkleidung auftauchte, wird klarer, wenn man sich vergegenwärtigt, was die Wendung zur Betriebsarbeit für die Studentenbewegung bedeutete. Die Erkenntnis, dass die eigenen Probleme "nur durch die Revolution des Proletariats gelöst werden können" (wie die oben zitierte Plattform der PL/PI formuliert hatte), bedeutete zunächst eine empfindliche Einschränkung des eigenen revolutionären Autonomieanspruchs: Die Studentenbewegung hatte ja - mehr oder weniger offen - sich selbst als das revolutionäre Subjekt betrachtet. Die Wendung zum Proletariat stellte dieses Selbstverständnis aber in Frage. Die Leninsche Kaderpartei bot sich als Weg an, den Konflikt auf einfache und bequeme Weise zu lösen. In der Rolle der "proletarischen Avantgarde" kannte die Studentenbewegung ihre revolutionäre Autonomie beibehalten und als Führungsanspruch gegenüber dem Proletariat geltend machen. So erklärt sich das Rätsel, wie große Teile der antiautoritären Bewegung über Nacht zu strammen "Leninisten" werden konnten.

Aber noch eine andere, noch viel grundlegendere Tatsache wird so verständlich: Warum es genau genommen nicht der Leninismus war, der eine Wiedergeburt erlebte, sondern der Maoismus und der orthodoxe Stalinismus. Die ML-Bewegung eignete sich Lenin von vornherein über Stalin und Mao an, die zu den entscheidenden revolutionären Idolen wurden. Sie knüpfte an den Alt-Stalinismus an, der die "revisionistische Schwenkung" der KPDSU auf dem 20. Parteitag von 1956 nicht mitgemacht hatte und an den linksopportunistischen Tendenzen des Stalinismus festhielt. Dieser Alt-Stalinismus hatte zunächst als eine Oppositionsgruppe um die Zeitschrift "Blinkfür" in der illegalen KPD fortexistiert. 1968 konstituierte er sich als Antwort auf die Gründung der DKP in der KPD/ML unter der Führung der Gruppe um Ernst Aust als selbständige Organisation. Die KPD/ML war zunächst nicht mehr als eine verknöcherte Sekte, die am Rande der Linken ein langsam verbleichendes politisches Kümmerdasein fristete. Erst zwei Jahre

später, als die von ihr vertretene Mischung von Alt-Stalinismus und Maoismus von der Studentenbewegung aufgenommen wurde, erwachte sie un-
verhofft zu neuem Leben,

Diese Anziehungskraft von Stalin und Mao auf die Studentenbewegung war nicht zufällig. Sie verkörperten in reinster Form jenen kleinbürgerlichen Voluntarismus, der ihr Ideal war, Wenn Mao den Aufbau der „proletarischen Partei“ ohne das Proletariat, durch das Kleinbürgertums proklamierte, sondern durch die kleinbürgerliche Elite, gestützt auf die Bauernmassen, durchführte und die "Diktatur des Proletariats" ohne jede Beteiligung der Arbeiterklasse errichtete, so ist er darin das genaue Vorbild jenes kleinbürgerlichen elitären Selbstbewusstseins. Die Befreiung ist hier nicht die bewusste Tat der unterdrückten Massen, sondern ein Geschenk, das dem Volk von seiner Führung widerfährt, Wenn Stalin durch einen bloßen Willensakt der Partei die materiellen Bedingungen des rückständigen Russland überwinden und den "Sozialismus in einem Lande" aufbauen will, so verkörpert er darin die tiefsten Hoffnungen des kleinbürgerlichen Revolutionsgeistes. Die deterministischen Elemente des Stalinismus, in denen die Partei zum bloßen Vollstrecker objektiver Naturgesetze gemacht wird, stehen nur oberflächlich in Widerspruch zu diesem Voluntarismus. Denn er ist nur die Rechtfertigungsideologie für die Unterdrückung und für den Terror gegen die Arbeiterklasse, zu dem dieser Voluntarismus unvermeidlich greifen muss, sobald er die Staatsmacht übernimmt.

Um diese Konsequenzen versuchten sich die studentischen Revolutionäre allerdings herumzudrücken. Anstatt den Stalinschen Terror gegen die Arbeiterklasse als konsequentes Resultat seiner Politik zu sehen, werteten sie ihn als "Fehler" im Rahmen einer "prinzipiell korrekten proletarischen Linie". Nachdem man auf diese Weise die "guten" und die "schlechten" Seiten getrennt hatte, konnte nun der Stalinsche und Maosche Dogmatismus völlig kritiklos übernommen werden. So kam es auch zu der groben Verfälschung des Leninismus, den man ohne viel Federlesens in die Reihe Stalin-Mao stellte, (Diese Gleichsetzung wird im umgekehrten Sinn von den Anarchisten und Sozialdemokraten aufgegriffen, um den Leninismus zu verwerfen.)

Neben dem idealistischen Dogmatismus lassen sich auch die anderen Züge des antiautoritär-radikaldemokratischen Selbstverständnisses unschwer in den politischen Positionen der maoistischen Bewegung wiedererkennen, Die elitäre Distanzierung gegenüber dem Lohnkampf tauchte im Gewand der antigewerkschaftlichen Haltung einiger maoistischer Gruppen wieder auf. Wie die antiautoritäre Bewegung zeigt der Maoismus eine ausgeprägt Tendenz zur Volkstümelei. Wie die Theorie des "Autoritären Staates" wittern manche maoistische Gruppen in allen staatlichen Unterdrückungsmaßnahmen die Gefahr des "Faschismus": Wir wollen auf alle diese Fragen weiter unten im Rahmen der Diskussion der Positionen einzelner maoistischer Gruppen genauer zurückkommen.

In mancher Hinsicht bedeutete die maoistische Bewegung gegenüber der antiautoritären Studentenbewegung zweifellos politisch einen Schritt vorwärts. Sie stellte ernsthafter als sie die Forderung nach einer Verbindung

der Intellektuellen mit dem Proletariat. Sie proklamierte im Gegensatz zu den diffusen Organisationsvorstellungen der Antiautoritären die Idee der revolutionären Partei. Aber neben diesen Fortschritten dürfen die politischen Rückschritte, die der Maoismus brachte, nicht gering eingeschätzt werden. Mit der Übernahme von Stalin und Mao als Revolutionsideale ging ein Rückfall in einen stumpfen Dogmatismus und organisatorischen Bürokratismus einher. Die antiautoritäre Studentenbewegung hatte noch im Namen abstrakter Emanzipationsideen gekämpft. Um die Verwirklichung und Konkretisierung dieser Ideen entstanden viele fruchtbare theoretische Kontroversen, die zu einer Wiederaufnahme der Diskussion über den revolutionären Marxismus beigetragen haben. Der SDS war noch weitgehend frei von bürokratischen und stalinistischen Tendenzen. Dagegen betrachteten sich die neu entstehenden maoistischen Miniparteien als die leibhaftige Verkörperung des revolutionären Subjekts. Sie setzten sich damit selbst unter den Zwang, sich praktisch wie eine revolutionäre Partei zu verhalten. Weil dem keine wirkliche, aktuelle Erfahrung revolutionärer Klassenkämpfe zugrunde lag, mussten diese Erfahrungsgehalte aus der Vergangenheit und in fernen Ländern geborgt werden. Indem sie so die Gegenwart verdrängten, konnten die maoistischen Parteiproklamierer sich vorspiegeln, sie hätten bereits auf alle wesentlichen Fragen der Arbeiterbewegung in Westdeutschland eine Antwort. Aus diesem theoretischen Dogmatismus folgte konsequent der organisatorische Bürokratismus. Denn wenn alle politisch-theoretischen Hauptfragen bereits geklärt sind, wie viele ML-Zirkel annahmen, wird die politische Diskussion überflüssig; die Umsetzung der politischen Linie kann sich dann bürokratisch nach dem Stalinschen Modell des "demokratischen Zentralismus" vollziehen. Ein Aufsatz aus dem "Neuen Roten Forum" beschreibt diese Tendenz treffend wie folgt: "Der Grundfehler dieser Organisationen liegt darin, dass sie mit dem Begriff der leninistischen Partei als Verschmelzung von Arbeiterbewegung und Sozialismus (und zwar auf überregionaler, nationaler Ebene) niemals ernst gemacht haben, sondern die Arbeiterbewegung als notwendige Ergänzung ihrer Partei begriffen haben und weiter noch begreifen. Das schlug sich dann nieder in dem Konzept des "Parteiaufbaus von oben", wo schließlich als einzige Grundlage für den Begriff der Partei die Existenz eines selbsternannten Zentrums behauptet werden musste, das sich in der Folge bloß Fleisch anlegen sollte. Am lächerlichsten schlug sich dieses Konzept beim ZK nieder, das einerseits erklärte, die theoretischen Hauptfragen der kommunistischen Bewegung in Westdeutschland seien gelöst und andererseits die Wählbarkeit der Parteiorgane für unabsehbare Zeit ablehnte und den Mitgliedern das Recht absprach, *"ihren Ansichten durch organisatorische Maßnahmen (z.B. wählen oder abwählen) Geltung zu verschaffen"*. (Parteiarbeiter 3/1970, S.4) Hier wird der Parteiaufbau begriffen als Unterwerfung und Anpassung der fortschrittlichen Arbeiter unter eine seit eh und je präexistente Führung, die sich erst dann in Frage stellen will, wenn sie ihre Mitglieder in willfähige Werkzeuge verwandelt hat. Mit marxistisch-leninistischer Führung hat das natürlich ebensowenig zu tun wie die calvinistische Gnadenwahl und mit demokratischen Zentralismus nicht mehr als der Jesuitenorden ("Kampf dem Zirkelwesen" in: NRF 2/?2, S. 7)

So lächerlich den Genossen vom NRF (der "Kommunistischen Gruppe Neues Rotes Forum") diese Erscheinungen vorkommen mögen, sie sind nur das auf die Spitze getriebene Resultat des maoistischen Voluntarismus.

Sie sind aus den gleichen politischen Grundlagen hervorgegangen, auf denen auch die Genossen vom NRF standen und heute noch stehen.

IV. Die Entwicklung der maoistischen Bewegung

Die ML-Parteien oder Parteiaufbaugruppen stellten, wie im vorigen Abschnitt zu zeigen versucht wurde, faktisch nichts anderes als den Versuch dar, den radikaldemokratischen Idealismus der Studentenbewegung durch einen organisatorischen Kraftakt in die Wirklichkeit umzusetzen. Durch solche Kraftakte ließen sich aber die Widersprüche, an denen die Studentenbewegung gescheitert war, nicht lösen. Die radikaldemokratischen Emanzipationsideen ließen sich in "marxistisch-leninistischem" ebenso wenig wie in antiautoritärem Gewand zu den gesellschaftlichen Realitäten in der Bundesrepublik vermitteln. So endeten viele der schwungvollen Parteiinitiativen sehr bald in Leerlauf und Sektierertum, Die Genossen, die sich mit großem Idealismus an den Aufbau der marxistisch-leninistischen Partei gemacht hatten, begannen, am Sinn ihrer häufig aufreibenden Aktivitäten zu zweifeln. Das führte zu ständigen Konflikten und Spaltungen in der ML-Bewegung, die im Zerfall einiger Organisationen endeten. Ein besonderer Markstein dieses Zerfallsprozesses war die Zersplitterung der KPD/ML Ende 1971, die sich schon vorher in fünf rivalisierende Gruppierungen aufgespalten hatte.

Soweit diese Spaltungen überhaupt einen politischen Inhalt hatten (viele der Konflikte innerhalb der ML-Bewegung waren faktisch kaum mehr als "Hahnenkämpfe" zwischen Gruppen, die rivalisierende Führungsansprüche stellten), war es vor allem ein Konflikt, der immer wieder auftauchte: Der Gegensatz zwischen dem revolutionären Idealismus der Kader an der Spitze der Organisation und der in der Praxis tätigen Genossen, die nicht wussten, wie sie die von oben kommende "Linie" umsetzen sollten. Dieser Konflikt wurde in den meisten ML-Organisationen nicht politisch, sondern organisatorisch gelöst: Durch eine bürokratische Verselbständigung der Führungsorgane sollte ihre "politische Diffusion" verhindert und die Reinheit der revolutionären Linie gewahrt werden. Ein Beispiel für diese bürokratischen Tendenzen bietet das Statut des Hamburger SALZ ("Sozialistisches Arbeiter- und Lehrlingszentrum", aus ihm ging später der KB-Nord hervor). „Es unterscheidet zwischen: a) (der) Aktivistenebene, b) (der) Mitgliederebene. Auf Aktivistenebene sind alle Aktivisten und Aktivistenkandidaten organisiert, auf Mitgliederebene alle Mitglieder und Mitgliedskandidaten.“ Die Aktivistenebene wird von einem "Zentralen Aktivistenkollektiv" (ZAK) geleitet, das das Statut der Organisation entwirft und zugleich verabschiedet. Außerdem ist es höchstes Entscheidungsgremium, "Das Aktivistenkollektiv vereinigt alle Aktivisten des SALZ, nicht aber die Aktivistenkandidaten. Es ist das, das Entscheidungsorgan des SALZ, bestimmt die Richtlinien; der Politik und kontrolliert das ZAK" (zitiert nach: "Roter Morgen", Proletarische Front Hamburg, in: Diskus, Heft 6,-21. Jg.)

Bei einer solchen Organisationsstruktur war es kein Wunder, dass die Politik der Führungsorgane weit über den Realitäten im Betrieb schwebte. Umso ungehinderter konnten sich, in den Betriebszellen Opportunismus und kleinbürgerliche Ideologien der "Basis" entfalten. Dieser Gegensatz zwischen idealistischem Radikalismus an der Spitze und kleinbürgerlichem Opportunismus an der Basis war kein Zufall; er lag im Prinzip, der ML-Parteien. Die Verdrängung der politischen Realitäten der Arbeiterbewegung im Bewusstsein der führenden Kader rächte sich, indem diese Realitäten, die kleinbürgerlichen, opportunistischen und sozialdemokratischen Ideologien umso leichter Einfluss auf die Organisation gewinnen konnten.

Dieses Dilemma war die treibende Kraft hinter den ständigen Reibereien und Spaltungen in den ML-Organisationen. Eine ganze Reihe von ML-Gruppen zerbrach an ihnen. Es kam zur Aufgabe der praktischen Arbeit und zum Rückzug der führenden Kader in die reine Theorie. So erklärte z.B. die aus der KPD/ML hervorgegangene „Gruppe October“ in Frankfurt mit vornehmer Geste die praktische Arbeit für unmöglich, weil nur "ökonomistisch" und wandte sich der Lektüre des "Kapital" zu, Bei den restlichen ML-Organisationen lassen sich zwei Tendenzen unterscheiden: Die eine löst das Dilemma zwischen dem Voluntarismus an der Spitze und den opportunistischen Ideologien an der Basis im Sinne einer Anpassung an die kleinbürgerlichen Ideologien, die andere versucht, den Voluntarismus der Spitze auf Biegen und Brechen in der Praxis durchzusetzen.

Beispiele für die erste Tendenz sind der "Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" (früher "Arbeiterbasisgruppen") in München und der süddeutsche KABD (Kommunistischer Arbeiterbund Deutschlands). Der KABD ging aus einer Vereinigung zweier ML - Gruppen hervor. Trotz seiner wortreichen Abgrenzung gegen den "Revisionismus" gerät er mit seinen politischen Positionen sehr in die Nähe der DKP. Mit der DKP stimmt er in der Einschätzung des gesellschaftlichen "Hauptwiderspruchs" nämlich "Volk" gegen "Monopole" überein. Diese Frontstellung wird unterstrichen durch die These von der "besonderen Gefährlichkeit" des deutschen Monopolkapitals, die der KABD (ebenso wie der Arbeiterbund) gleichfalls mit der DKP teilt. "Der Imperialismus ist der Hauptfeind des werktätigen Volkes, der unterdrückten Nationen und der Sozialistischen Länder in der ganzen Welt. Der deutsche Imperialismus ist seit seinem Bestehen durch besondere Volksfeindlichkeit und Kriegslüsterheit gekennzeichnet ... Während Millionen den gesellschaftlichen Reichtum schaffen, eignet sich eine Handvoll von Monopolkapitalisten und Schmarotzern diesen Reichtum an. Auf diesem Grundwiderspruch beruht die Spaltung der Gesellschaft in Klassen, in Ausbeuter und Ausgebeutete, Die Hauptkraft im Kampf gegen das Monopolkapital ist die Arbeiterklasse, die in unversöhnlichem Widerspruch zur Ausbeuterklasse steht." -(Grundsatzserklärung des Kommunistischen Arbeiterbundes, (S. 5/9)

Auch dort, wo der KABD den Kampf gegen die "faschistische Gefahr" und gegen die "Militarisierung, Kriegsvorbereitung und Revanchepolitik" in den Vordergrund seiner Propaganda stellt und die "internationale Einheitsfront aller Kräfte des Antiimperialismus, des Sozialismus und des Friedens" sowie die "freie politische Betätigung für Kommunisten und **alle** anderen

(Hervorhebung M. P.) demokratischen Kräfte" fordert, ist eine Differenz zur Volksfrontstrategie der DKP kaum mehr wahrnehmbar.

Noch extremer zeigt sich der Opportunismus des KABD in der nationalen Frage. Die Forderung nach nationaler Einheit, die auch wir für richtig halten, wird bei ihm zur nationalistischen Phrase, indem er die "proletarische Revolution" als Weg zur "Vereinigung des Vaterlandes" schmackhaft zu machen versucht. Hier zeigt sich eine deutliche Anpassung an den kleinbürgerlichen Nationalismus. "Durch eine proletarische Revolution in beiden Teilen Deutschlands wird eine einheitliche Grundlage geschaffen, auf der die Vereinigung des Vaterlandes (!!) geschehen kann: Dieser Kampf der Werktätigen folgt somit dem Weg: Über soziale Befreiung zur nationalen Einheit ... Die Arbeiterklasse ist der Garant der nationalen Einheit. Sie ist die konsequent patriotische Kraft zur Einigung des Vaterlandes." (Aktionsprogramm/ Grundsatzklärung S. 23/14)

Die Anbiederung an das Kleinbürgertum geht so weit, dass der KABD es sich nicht nehmen lässt, die folgenden Forderungen in sein „Aktionsprogramm“ aufzunehmen: "Wirksame Hilfe für die Klein- und Mittelbauern. Schluss mit dem Bauernlegen, ... Unterstützung des Kampfes der Kleingewerbetreibenden und Kleinhändler gegen Ruinierung und Verelendung durch Konzerne und Großhandel." (S. 37) Oder zur Kulturpolitik: "Kampf der imperialistischen Kulturzersetzung. Bewahrung des fortschrittlichen Kulturerbes. Entfaltung der proletarischen Kultur- und Sportbewegung." (S . 37)

In seinem politischen Auftreten verbreitet der KABD oft eine schwülstige Proletkult-Atmosphäre um sich, die mit durchdringenden kleinbürgerlichen Ideologien einhergeht. Diese Neigung zeigt sich besonders deutlich in der Jugendorganisation des KABD, bei der sich unüberhörbare Anklänge an die Pfadfinderbewegungen finden. Die folgende Passage aus dem Programm des RJVD (Revolutionärer Jugendverband Deutschlands) verdient es, noch zitiert zu werden: "Die Fortgeschrittensten der Arbeiterjugend haben tatkräftig begonnen, ihre Freizeit sinnvoll zu gestalten und für den täglichen Kampf im Betrieb fruchtbar zu machen. Bei Sport und gemeinsamen Wanderungen erholen sie sich von der Arbeitshetze, sammeln neue Kräfte und ertüchtigen ihren Körper ... In der gemeinsamen Freizeit und im gemeinsamen Erleben lernen sie den arbeitenden Menschen achten, dem Schwächeren helfen, und in der natürlichen Beziehung beider Geschlechter lernen sich Jungen und Mädchen als gleichwertige Partner schätzen und anerkennen. Die Kommunisten fördern die natürliche, ehrliche Beziehung zwischen Mädchen und Jungen. Sie wenden sich aber entschieden gegen die imperialistische Sexideologie. Durch diesen Sex-Rummel werden die Mädchen zur Ware degradiert und entrechtet und in den Schmutz gezogen. Gleichzeitig dient diese Sex-Ideologie den Imperialisten dazu, das sexuelle Bedürfnis künstlich zu übersteigern, um die Arbeiterjugend von wichtigen Problemen abzulenken." (S. 35/36)

Solche kleinbürgerlichen Ideologien, wie sie beim KABD zutage treten, haben mit revolutionärem Marxismus nicht gemeinsam. Sie haben in der Vergangenheit der Arbeiterbewegung oft eine unheilvolle Rolle gespielt. Man

kann nur hoffen, dass die Genossen vom KABD sich einmal näher mit der Geschichte und gewissen Ideen des kleinbürgerlichen Radikalismus vor dem Zweiten Weltkrieg befassen! Dann wird ihnen vielleicht ein Licht darüber aufgehen, an welche Traditionen sie hier anknüpfen.

Ähnlich wie der KABD geht der "Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD" (München) den Weg der Anpassung nach rechts. Die volkstümlerische Auflösung des Klassenbegriffs wird von ihm so offen wie von kaum einer anderen maoistischen Gruppe proklamiert: "So trennt die kapitalistische Lohnarbeit nicht nur den Arbeiter, sondern das ganze Volk vom wachsenden Reichtum; wird der Fluch, der im Kapitalismus über der fruchtbaren Arbeit der Arbeiter liegt, der ganzen Gesellschaft zum Verderben." (Programmmentwurf S 8) Folgt man den Ausführungen des Arbeiterbundes in seinem Programmmentwurf, so bestehen zwischen der Arbeiterklasse und dem "Volk", also den Bauern und kleinbürgerlichen Mittelschichten keinerlei wesentliche Differenzen mehr. Der einzige Unterschied liegt darin, dass die Arbeiterklasse über effektivere Kampfmittel im Kampf gegen das Kapital verfügt. "Die Kapitalistenklasse hat sich mit dem Imperialismus immer mehr das ganze Volk zum Feind gemacht, aber die Mittel zum Sieg hält die Arbeiterklasse als ureigenstes Produkt der großen Industrie in den Händen. Darum, und weil das Industrieproletariat der konzentrierteste, geschlossenste, aufgeklärteste und kampfgeätelteste Teil der werktätigen Massen ist, ist nur die Arbeiterklasse als einzige revolutionäre Klasse dazu befähigt, die werktätigen Massen der Bauernschaft und sämtliche Schichten des Volkes um sich zu scharen und zum Sturmangriff gegen den Kapitalismus zu führen." (ebd. S. 11) Wenn so die Arbeiterklasse zum bloßen Teil der "werktätigen Massen" erklärt wird, ist es - wie sich schon beim KABD gezeigt hatte - nur konsequent, wenn kleinbürgerliche Ideologien für proletarisch und revolutionär erklärt werden und jedes Bewusstsein für die Unterschiede kleinbürgerlicher und proletarischer Politik verschwindet. Der Kampf gegen die Ruinierung der Kleinhändler durch das Großkapital (Programmmentwurf S. 13) wird ebenso zu einem zentralen Bestandteil revolutionärer Politik erklärt wie die unentgeltliche Verteilung von Grund und Boden an die landarmen Bauern. Im Fall der Machtübernahme der Arbeiterklasse will der Arbeiterbund sich darauf beschränken, nur die "Großkapitalisten, (die) Banken, (den) großen Haus- und Grundbesitz und den Großhandel" (S. 13) zu enteignen, wobei - entgegen allen historischen Erfahrungen - eine Interessengemeinschaft des Proletariats mit dem besitzenden Mittelstand, den kleinen und mittleren Kapitalisten, unterstellt wird.

Der kleinbürgerliche Charakter der Positionen des "Arbeiterbundes " wird ferner in seiner Haltung zur nationalen Frage deutlich. (Zur Kritik dieser Positionen vgl. auch: W. Maier "Schwarz-Rot-Goldene Kommunisten?" in "Kommunismus und Klassenkampf" Nr. 1, Oktober 73, S. 52) Er schreckt ebensowenig wie der KABD vor vaterländischen Brusttönen zurück: "Der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD tritt für die Erfüllung des tiefen Wunsches des ganzen deutschen Volkes ein, seine knechtische Unterdrückung, die schmachvolle Demütigung und die Spaltung seiner Nation für immer zu beseitigen. Der Arbeitbund für den Wiederaufbau der KPD tritt für die friedliche Wiedervereinigung der deutschen Nation, für ein freies, einiges

und sozialistisches Deutschland mit aller ihm zu Gebote stehenden Kraft ein." (S. 27)

Deutlicher als beim KABD wird beim "Arbeiterbund" auch erkennbar, wohin dieser kleinbürgerliche Weg schließlich führt. Die Führung der DKP ist zwar nach Auffassung des "Arbeiterbundes" antikommunistisch, jedoch trennt sie sich dadurch "immer mehr von dem revolutionären Drang eines großen Teils ihrer Mitglieder. Die kommenden revolutionären Kämpfe werden mit Sicherheit diese Partei des modernen Revisionismus zerreiben." (S. 22) Der „Arbeiterbund“ hofft also, wie es scheint, auf eine Vereinigung mit "großen Teilen" der DKP. Das ist bei der engen Verwandtschaft der politischen Positionen, über die die lautstarke Kritik des "Arbeiterbundes" am "Revisionismus" der Führung der DKP nur hinwegtäuscht, nicht verwunderlich.

Für die zweite Tendenz in der ML-Bewegung, auf die oben hingewiesen wurde - nämlich den idealistischen Aktionismus - ist wohl die Gruppe KPD (Rote Fahne) der deutlichste Repräsentant, Dieser Idealismus beginnt bei den Vorstellungen der KPD zum Parteaufbau, in denen dieser Idealismus extremer als bei allen anderen maoistischen Gruppen zum Ausdruck kommt: "Wer Lenin versteht und nicht nur liest (!), weiß, dass die objektiven Bedingungen der Partei bolschewistischen Typs die Existenz einer Arbeiterklasse ist, die dem Kapitalismus und Imperialismus gegenübersteht und die die Aufgabe hat, die Volksmassen zum revolutionären Sturz der Ausbeuter zu führen. Das ist eine der "Selbstverständlichkeiten" , deren "Verwischung ... es heute allen liquidatorischen Strömungen erlaubt, die Behauptung aufzustellen und zu vertreten, der praktische Kampf könne noch nicht oder nur sehr beschränkt geführt werden" (wie die Stellungnahme im Hinblick auf den' imperialistischen Charakter der Bundesrepublik schreibt¹. Wann sind die subjektiven Bedingungen zur Parteigründung vorhanden? Doch dann, wenn eine entschlossene Gruppe von Revolutionären die objektive Notwendigkeit der Kommunisten Partei erkennt, das Kettenglied ergreift und fest in den Händen hält, wie Lenin sagt, Die. Berechtigung dieses Schrittes wird nicht durch Erstgeburtsrechte, Anspruchstitel und "Anerkennung" seitens kommunistischer Parteien entschieden, sondern allein durch die Frage: Haben die Genossen zu allen wesentlichen Entscheidungen eine proletarische Linie, sind sie bereit und fähig, diese Linie im politischen Kampf durchzusetzen, Kader zu bilden und die Massen um diese Politik zu organisieren?" („Der Heidelberger Philosophenweg - Ein Weg zur Kommunistischen Partei?" in NRF 1-2/73, S. 113).

Hier wird das Prinzip des "reinen Willens" auf die Spitze getrieben. Um die Partei gründen zu können, ist es nicht nur überflüssig, eine Analyse der realen historischen Bedingungen durchzuführen und die frage nach der realen Verankerung der Partei in der Arbeiterklasse zu stellen. Zur Zeit ihrer Gründung hatte die KPD sogar nicht einmal versucht, sich von den anderen

¹ gemeint ist die Plattform der Bremer-Kommunique-Gruppen Ende 1972

Strömungen der revolutionären Linken programmatisch abzugrenzen. Sie beruft sich ausschließlich auf ihren eigenen entschlossenen Willen!

Aus diesem Bewusstsein erklärt sich die extrem sektiererische Politik der KPD, die jedes politische Auftreten nur zu einem Mittel der eigenen Selbstbestätigung macht. Eine wirkliche politische Auseinandersetzung mit den anderen Gruppen der revolutionären Linken zu führen, ist die KPD (Rote Fahne) nicht imstande, denn sie gründet ihren Anspruch, die revolutionäre Partei zu sein, nicht auf eine politische Rechtfertigung, sondern auf den eigenen, im vorhinein gefassten Beschluss, die richtige proletarische Linie zu haben. Deshalb auch ihr sektiererisches Verhalten gegenüber Aktionsbündnissen mit anderen Gruppen der revolutionären Linken, die von der KPD nur akzeptiert werden, wenn sie ihr Gelegenheit geben, sich als die "führende Kraft" zu präsentieren. Ebenso ihre ultimativistische Politik gegenüber der Arbeiterklasse, wie sie sich in der von der KPD (Rote Fahne) betriebenen Neuauflage der RGO-Politik ausdrückt. Sie beruft sich dabei auf die von der KPD zwischen 1929 und 1933 betriebene Politik der "Revolutionären Gewerkschaftsopposition", d.h. der Gewerkschaftsspaltung, mit der Thälmann damals den Weisungen Stalins folgend die deutsche Arbeiterbewegung in die Niederlage vor dem Faschismus manövrierte.. Wenn die KF'D (Rote Fahne) heute erneut die "Revolutionäre Gewerkschaftsopposition" aufbauen will, ohne jeden Versuch, die Lehren aus der Vergangenheit zu ziehen, so ist das sicherlich nicht mehr als eine Farce ohne reale politische Bedeutung. Sie zeigt aber die extreme Selbstgefälligkeit der KPD-Führer, die ernsthaft zu glauben scheinen, heute den Gewerkschaftern die Pistole auf die Brust setzen zu können: Entweder du bist klassenbewusster Gewerkschafter, dann musst du dich unserem Haufen anschließen, oder du bist nicht in unserem Haufen - dann bist du ein Komplize der bürgerlichen Gewerkschaftsführung oder günstigstenfalls unwissend und musst erst über deine wahren Klasseninteressen aufgeklärt werden.

Noch mehr als die meisten anderen maoistischen Gruppen neigt die KPD zum Substitutionismus, d.h. dazu, das eigene Handeln mit dem realen Handeln der Arbeiterklasse zu verwechseln. Das zeigt sich z.B. darin, dass sie in den Gewerkschaften beschlossene Lohnforderungen ignoriert und unbekümmert ihre eigenen Forderungen propagiert - auch wenn diese ohne jeden Widerhall in den Betrieben bleiben. Das geschah z. B. in der Chemietarifrunde 1973 in Westberlin, als die KPD, auch nachdem die Gewerkschaft eine Forderung von 12% beschlossen hatte, weiter ihre 200 DM-Forderung propagierte, obwohl diese - leider - so gut wie keine Unterstützung in den Betrieben gefunden hatte. Ebenso in dem Metallarbeiterstreik in Bremen im März 1974, in dem die KPD der gewerkschaftlichen Forderung von 18% folgende Parolen entgegensetzte: "Streik ohne und gegen die Gewerkschaftsführung! Wahl selbständiger betrieblicher Streikleitungen! Tägliche Streikversammlungen vor den Betrieben!" "200 DM netto mehr für alle! 600 DM Existenzlohn für Lehrlinge! Gegen Monopolkapital und Gewerkschaftsbonzen! Hinein in die Gewerkschaft - stärkt die RGO!" Diese Forderungen sind für sich genommen zunächst nicht falsch. Indem die KPD aber die Opposition gegen die Gewerkschaftsbürokratie zum Selbstzweck erhebt, anstatt die Mobilisierung für den Streik selbst zu unterstützen - ob mit oder gegen die

Gewerkschaftsführung - gibt sie ihnen eine falsche und sektiererische Richtung. Die von der KPD (Rote Fahne) betriebene Opposition gegen die Gewerkschaftsführung dient nicht der Mobilisierung der Mitglieder, sondern erfüllt einzig einen Zweck für sie selbst; nämlich sich selbst politisch in Szene zu setzen.

Ein weiteres Beispiel für den Substitutionismus der KPD ist ihre Art, wie sie vielfältige Kampagnen organisiert und Komitees gründet (Liga gegen den Imperialismus", "Hände weg vom KSV" usw.): in diesen Komitees sollen sich angeblich die "Massen" organisieren, Tatsächlich sind es jedoch in der Regel Mitglieder und Sympathisanten der KPD selbst, die hier in die Rolle des "fortschrittlichen Menschen" schlüpfen und eine "Massenbasis" vorspiegeln, die tatsächlich nicht vorhanden ist, wobei es zudem mit den "Massen" nicht sonderlich weit her ist.

Es wäre ein großer Irrtum, würde man den extremen Ultimatismus und Aktionismus der KPD (Rote Fahne) für völlig unvereinbar mit dem oben geschilderten Opportunismus anderer maoistischer Gruppierungen wie dem KABD halten, Die zentrale Propagandaparole der KPD „Gegen Monopoldiktatur - für Volksdemokratie - KPD" zeigt vielmehr die Verwandtschaft beider politischer Positionen auf: die gemeinsame Tendenz zur Volksfrontpolitik. Ein Umschwenken der linksopportunistischen Linie der KPD auf den Rechtsopportunismus nach dem Vorbild des KABD und des "Arbeiterbundes" (und umgekehrt) ist keineswegs ausgeschlossen. Die stalinistische Politik hat in ihrer Vergangenheit selbst vielfältige Beispiele für ein solches plötzliches Umschwenken um 180 Grad gegeben: So von der ultralinken Wendung von 1928 zum Volksfrontkurs 1935, von der Politik der "antifaschistischen Demokratie" zum linksradikalen Putschismus (1949-53). Diese Schwenkungen liegen im Prinzip stalinistischer Politik selbst: Unfähig, eine wirkliche Vermittlung ihrer Politik mit der realen Bewegung der Arbeiterklasse herzustellen, pendelt sie hin und her zwischen opportunistischer Anpassung an vorhandene politische Stimmungen einerseits und ultralinkem Radikalismus andererseits. Was in der damaligen Zeit eine Tragödie war, ist bei der heutigen maoistischen Bewegung glücklicherweise nur eine Farce. Eine Gefahr liegt jedoch darin, dass die KPD (Rote Fahne) eine Reihe von Aktivisten der revolutionären Linken an sich bindet, die die unvermeidliche Desillusionierung über die KPD-Politik dazu veranlassen könnte, der revolutionären Linken **insgesamt** den Rücken zu kehren.

KB (Kommunistischer Bund) und KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschlands)

In KB und KBW sehen wir die gegenwärtig bedeutensten Gruppen der revolutionären Linken in Westdeutschland, Diese Gruppen ragen von ihrer zahlenmäßigen Bedeutung und von dem Grad ihrer Verankerung in der Arbeiterklasse (was wohl mehr für den KB gelten dürfte) über das Sektierertum der bisher diskutierten maoistischen Gruppen hinaus.

Wir glauben, dass deshalb einer Auseinandersetzung mit ihren Positionen besondere Bedeutung zukommt. Denn ob es der revolutionären Linken gelingt, ihre - trotz der Fortschritte in den letzten Jahren - weiter fortbestehende Isolierung gegenüber der Arbeiterklasse zu überwinden, hängt nicht allein von der objektiven Entwicklung der Klassenkämpfe ab, sondern ebenso davon, ob sie überzeugende Antworten auf die Fragen der Arbeiterbewegung geben kann. Die auch beim KB und beim KBW weiter bestehende Bindung an die stalinistische und maoistische Ideologie ist, wie wir im folgenden zu zeigen versuchen wollen, dafür ein ernstes Hindernis.

Zum KB (früher: Kommunistischer Bund Nord)

Der KB ist zweifellos diejenige maoistische Gruppe, auf die unsere Charakterisierung "Die modernen Volkstümler" am wenigsten zutrifft. Er teilt nicht den Substitutionismus vieler maoistischer Zirkel und ist zweifellos eine der am stärksten in der Arbeiterklasse verankerten Gruppen der revolutionären Linken in der BRD. Dennoch teilt er einen Hauptfehler der revolutionären Linken in der BRD: Gedankenloses Übernehmen stalinistischer und maoistischer Ideologien. Das wollen wir anhand zweier Fragen zu zeigen versuchen: Der "Revisionismuskritik" und dem vom KB vertretenen Begriff der "Faschisierung".

Die Frage nach ihrer Stellung zur DDR hat für die politische Praxis der revolutionären Linken in der BRD eine zentrale Bedeutung, Die Vorstellung, die die westdeutsche Arbeiterklasse vom "Sozialismus" hat, ist bis heute stark durch die gesellschaftlichen Realitäten der DDR geprägt. Dass dort der "reale Sozialismus" herrsche, wird ihr zusätzlich jeden Tag neu von der DKP und SEW eingehämmert. Es ist begreiflich, wenn dieser "Sozialismus" ihr nicht besonders attraktiv erscheint, und von daher ihre Abneigung gegen die revolutionäre Linke rührt. Umso wichtiger für das politische Auftreten der revolutionären Linken gegenüber der Arbeiterklasse ist es, dass sie zu diesem Bild des "realen Sozialismus" eine klare und überzeugende Gegenposition einnimmt.

Der KB hat eine Broschüre zur "Revisionismus-Kritik" herausgegeben, in der alle seine Auffassungen zu dieser Frage mit dankenswerter Klarheit zusammengefasst sind. Die Broschüre wird eingeleitet mit einem Beitrag der "Gruppe Spartacus" (einer Oppositionsgruppe in der illegalen KPD, die nicht identisch mit den sich heute so nennenden Gruppen ist) über "Probleme der Marxisten-Leninisten in der BRD" aus dem Jahr 1967, den die Genossen vom KB Nord als die unseres Wissens erste in der BRD erschienene grundlegende Kritik am modernen Revisionismus vorstellen. Tatsächlich ist diese Kritik - wie im folgenden gezeigt werden soll - alles andere als "grundlegend":

Sie macht sich im Gegenteil der ungeheuerlichsten Halbheit und Verlogenheit schuldig.

Was ist der "neue Revisionismus"? Die Genossen der Gruppe Spartacus wollen darauf im Hinblick auf die Entwicklung der DDR eine Antwort geben. Die Ursachen der "revisionistischen" Entwicklung in der DDR sehen sie in zwei Faktoren: Erstens den objektiven Bedingungen der Gründung der DDR, die sehr ungünstig für den Aufbau des Sozialismus gewesen seien, zweitens den Fehlern der SED-Führung, die, anstatt diese Schwierigkeiten auf dem Wege einer "kulturrevolutionären" Mobilisierung der Massen zu überwinden, den pragmatischen Weg der Anpassung gegangen sei, die der bürgerlichen Entwicklung Tür und Tor geöffnet habe.

Wie kam es zu der schwierigen Ausgangslage bei der Gründung der DDR? Um den Ursachen nachzugehen, rekapitulieren die Genossen die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung: Die gescheiterte Revolution von 1918, der Verrat der SPD, die verspätete Gründung der KPD, das Scheitern des Aufstandes von 1923 infolge der falschen Taktik der Brandler-Thälheimer-Führung ... "Erst danach entwickelte sich die Partei durch lange Kämpfe unter der Führung von Ernst Thälmann zu einer wirklichen Partei neuen Typs, zu einer leninistischen Partei. Die Partei errang große Erfolge - insbesondere zur Zeit der Weltwirtschaftskrise von 1928 bis 1933." (S.5) Hier stutzt der Leser. Die schlimmste Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung in ihrer Geschichte, die fast kampflose Kapitulation gegenüber dem Faschismus - eine Zeit "großer Erfolge"? Die ungeheuerliche Bankrottspolitik der Thälmann-Führung - von der RGO bis zur Sozialfaschismus-These, mit der sie der verbrecherischen Politik der Sozialdemokratie in die Hände arbeitete - ein Inbegriff leninistischer Führung "neuen Typs"? Den Genossen ist bei dem, was sie hier behaupten, offensichtlich wohl selbst nicht ganz wohl zumute. Sie fahren kleinlaut fort: "Als dann aber der Faschismus die Macht ergriff, versagte auch (!) diese zahlenmäßig stärkste Sektion der III. Internationale außerhalb der SU. Sie hatte den Faschismus in seinem ganzen Wesen und seiner Gefährlichkeit nicht erkannt (!!). Hier konnte man nicht mehr antworten, hier galt es zu kämpfen - notfalls auch zu unterliegen, erneut zu kämpfen mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln. Nichts dergleichen geschah, die ersten zaghaften Versuche eines politischen Widerstandes waren bald im Blut erstickt und Tausende deutscher Kommunisten wanderten in die KZs und ließen ihr Leben. So auch der beste Sohn der deutschen Arbeiterklasse - Ernst Thälmann." (S.5)

Es ist schon schlimm genug, dass sich die Genossen auf eine derart klägliche Weise um die unbedingt notwendige, offene und schonungslose Analyse der wirklichen Ursachen der Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung gegenüber dem Faschismus herumdrücken. Aber es kommt noch schlimmer.

Die Genossen beschreiben den politischen Zustand der deutschen Arbeiterbewegung am Ende des zweiten Weltkriegs wie folgt. "Eine Tatsache ist, dass sogar große Teile der deutschen Arbeiterklasse bis 5 Minuten nach 12 noch den Durchhalteparolen der Nazis folgten. Die nicht durch Bomben

zerstörte Rüstungsindustrie funktionierte bis zum Schluss, und nur wenige deutsche Soldaten wagten, ohne Befehl die Waffen wegzuzwerfen.

Günstigstenfalls konnte man bei großen Teilen des deutschen Volkes von Verzweiflung und enttäuschter Hoffnung über nicht eingelöste Versprechen seitens des Faschismus sprechen. Der Sieg über den deutschen Faschismus war eben nicht vom deutschen Volk selbst unter maßgeblicher Mitwirkung der Arbeiterklasse errungen worden, sondern durch die Waffen der Roten Armee und der in der Anti-Hitler-Koalition vereinigten Völker (!). Trotz allen Heldenmuts deutscher Kommunisten, trotz aller ihrer Opfer blieb der Anteil des deutschen Volkes an seiner Befreiung vom Faschismus sehr, sehr gering (Hervorh. im Original). Das gilt es, nüchtern und klar zu erkennen, wollen wir uns selbst und unserem Volk nichts vormachen." (S. 7)

1933 hatte es Thälmann, getreu den Weisungen Stalins folgend, nicht verstanden, die deutsche Arbeiterklasse vom Einfluss der SPD zu lösen, sie so in die vernichtende und demoralisierende Niederlage geführt und dem Faschismus überantwortet. **Und nun schrecken die Verfasser nicht davor zurück, der deutschen Arbeiterklasse auch noch die Verantwortung für die Folgen dieser Bankrottpolitik Thälmanns zuzuschieben!** Mit dozierendem Zeigefinger erklären sie: Euer Beitrag zu eurer eigenen Befreiung war **sehr, sehr gering!**

Damit nicht genug. Welchen Grund sollte das deutsche Volk denn nach Meinung der Verfasser gehabt haben, um seine "Befreiung" enthusiastisch zu unterstützen? Sie bescherte ihm, wie die Verfasser argumentieren, das Potsdamer Abkommen: "Das Potsdamer Abkommen hat laut Urteil vieler Völkerrechtler - auch heute noch für Deutschland verfassungsmäßigen Charakter und hätte bei konsequenter Anwendung in ganz Deutschland eine wahrhaft demokratische Entwicklung auf revolutionärer Grundlage eingeleitet, es hätte die schon lange fällige bürgerliche Revolution vollenden und darüber hinaus das deutsche Volk einen großen Schritt voranbringen (!) können." (S. 6) Schließlich, so fügen die Verfasser hinzu, wurde doch zumindest in der DDR im Zuge der Verwirklichung des Potsdamer Abkommens eine umfassende Industrie- und Bodenreform durchgeführt und die Nazis aus ihren Posten entfernt. Wenn also schon das deutsche Volk selbst nicht imstande war, die antifaschistisch-demokratische Umwälzung durchzuführen, so hatte es doch wenigstens jetzt die Möglichkeit, sich der weisen Politik Stalins anzuvertrauen und unter seiner Führung sich von den Sünden der Vergangenheit zu läutern.

Den Verfassern entgeht nicht, dass das deutsche Volk sich unglücklicherweise trotz allem von der Befreiung nicht sonderlich begeistert zeigte: "Millionen von Umsiedlern aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße kamen auch in die ehemalige SBZ, mitsamt ihrer ganzen Ressentiments gegen die Rote Armee, Polen und Tschechenhass im Rucksack. Zudem kamen sie aus den rückständigsten Gebieten des ehemaligen deutschen Reiches und gehörten meistens zur bäuerlich-kleinbürgerlichen Bevölkerung, die besonders an ihrem Besitz hing, und nun ebenfalls in die Arbeiterklasse hineingepumpt wurde ... Eine weitere, zahlenmäßig in die Millionen gehende Gruppe, stellten die Heimkehrer und insbesondere die sog.

"Spätheimkehrer". aus der Sowjetunion dar. Die Masse von ihnen kam mit starken antisowjetischen, d.h. antikommunistischen Ressentiments beladen nach Hause. Heute wissen wir, dass manche ihrer Kritiken nicht ganz unberechtigt (!) waren und praktisch schon die künftige revisionistische Entwicklung ankündigten. Dass schon damals deutliche Anzeichen einer weitverbreiteten Korruption (!!) in der Sowjetunion sichtbar wurden und manch einen redlich denkenden (!) deutschen Kriegsgefangenen abstieß, wissen wir heute alle, und das spricht nicht unbedingt gegen diese Menschen (!!!1)." (S. 11)

Nach der Niederlage der Hitler-Truppen marschierte die russische Armee in Deutschland ein, vertrieb Millionen von Arbeitern und Bauern aus ihrer Heimat, steckte weitere Millionen von ihnen in Zwangsarbeitslager und ließ sie so für die Verbrechen ihrer herrschenden Klasse büßen, Und schließlich plünderte sie auch noch den von ihr besetzten Teil Deutschlands nach allen Kräften aus. Und nach alledem suchen die Genossen vom "Spartacus" den Grund für die Empörung über die russische Besatzungsmacht in der "Korruption", die die "redlich denkenden Menschen abgestoßen habe!" Es gehört schon ein erhebliches Maß an Zynismus dazu, um zu einer solchen Einschätzung der Lage zu kommen. Kein Wunder, dass die DDR von Anfang an eine "Republik ohne Leidenschaft" (wie die Verfasser formulieren) war!

Die einfachsten Tatsachen über die Politik der russischen Armee im besetzten Deutschland zeigen, wie **durch und durch** verlogen der Begriff des "Neuen Revisionismus" ist, mit dem die Gruppe Spartacus und mit ihr der KB und die meisten maoistischen Gruppen heute hausieren gehen. Bei dieser Politik gab es **von vorn herein nichts zu revidieren**. Sie war von Anfang an eine durch und durch imperialistische Gewaltpolitik, wie sie zwar von der Seite kriegführender imperialistischer Staaten praktiziert wurde - die Eroberungen Hitlers waren ein Beispiel dafür - aber mit proletarischem Internationalismus nicht das Geringste zu tun hat. Es ist lächerlich, wenn die stalinistischen Apologeten dagegen auf die Enteignung des Großkapitals und des Großgrundbesitzes in der SBZ hinweisen. Diese "Enteignung" brachte die Arbeiterklasse nur vom Regen in die Traufe. Statt durch das Monopolkapital ausgebeutet zu werden, hatte sie nun das Glück, für die sowjetischen Freunde arbeiten zu dürfen. Mit der Verstaatlichung zier Großbetriebe und der Übernahme der wichtigsten von ihnen als "Sowjetische Aktiengesellschaften" bezeichneten Betriebe verschaffte sich die russische Besatzungsmacht nur die organisatorischen Hebel, um das reibungslose Fließen der ungeheuren Reparationsleistungen zu sichern, die sie aus dem von ihr besetzten Teil Deutschlands herauszuholen gedachte. Es ist entweder Zynismus oder grenzenlose Naivität, diesen Schritt als die "Entmachtung der Schlotbarone" zu feiern, wie es die Genossen des "Spartacus" tun. Hier werden nur die üblichen Phrasen wiederholt, mit denen die KPD und heute noch die DKP die Verhältnisse in der DDR und der Sowjetunion zu rechtfertigen versuchen.

Die ganze Radfahrer-Mentalität der Kritik der Gruppe "Spartacus" wird deutlich, wenn sie schließlich den Versuch macht, die ganze Schuld an den "revisionistischen Entartungen" (die zu sehen sie nicht umhin können) der DDR-Führung in die Schuhe zu schieben. Damit folgten sie dem traditionel-

len Muster stalinistischer "Selbstkritik": Nach dem Motto: "Die politische Linie war richtig, nur ihre Ausführung falsch", wird die gesamte Verantwortung auf die unteren Funktionäre abgewälzt, und so die Führung eingewaschen. Für die ungünstige Ausgangslage, so führen die Genossen aus, "können wir natürlich weder die SED noch die Ulbrichtsche Führungsgruppe allein verantwortlich machen. Wofür man sie aber verantwortlich machen muss, das ist, dass sie diesen Zustand noch verschlimmerten, dass sie nichts Entscheidendes taten, um die revolutionäre Basis zu erweitern und zu stärken, dass sie die Partei auf den Weg des Revisionismus, auf den Weg der Isolierung vom Volk und auf den Weg der Korruption gebracht haben. " (S. 13) Als ob die SED-Führung nicht von vorn herein vom Volk isoliert gewesen wäre!

Es hilft den Genossen nichts, wenn sie seitenlang über die "Korruption" und das "privilegierte Leben" der Manager lamentieren, das sich unter der SED-Führung eingeschlichen habe. Alle diese Erscheinungen können doch überhaupt nicht mehr als nur Symptome einer sehr viel tieferen Entfremdung der Bürokratie von der Arbeiterklasse sein, über die die Genossen geflissentlich hinwegzureden versuchen!

Was hätte denn die SED-Führung nach ihren Vorstellungen eigentlich tun sollen? Die Genossen antworten darauf: "Die Etappe des Sozialismus, die Etappe der Diktatur des Proletariats ist in jedem Falle notwendig, und in ihr muss der neue Typ eines Menschen entstehen (!), der frei von jedem Egoismus den Kommunismus gestalten kann... Wie man dieses neue, sozialistische Bewusstsein auf revolutionärer Grundlage entwickelt und ob es überhaupt gelingt, das hängt ganz und allein vom Zustand der Vorhut der Arbeiterklasse, von ihrer kommunistischen Partei, ab, Das hängt von jedem Kommunisten ab, der in seiner Person schon den neuen Menschen verkörpert... Ein Funktionär der DDR, ganz gleich auf welcher Ebene, müsste sich auszeichnen durch Bescheidenheit, zugänglich für jede Kritik und selbstkritisch gegenüber den eigenen Handlungen, er müsste ständig von den Massen lernen..." (S. 14)

Kurzum, die Antwort der Genossen erschöpft sich in moralinsaurem Pathos - das nebenbei gesagt dem der offiziellen SED-Ideologie um nichts nachsteht! Die Funktionäre müssten eben "sauber" leben! Sauberkeit! Das scheint überhaupt der Inbegriff dessen zu sein, was die Genossen unter Sozialismus verstehen. Es muss ein völlig neuer Mensch, "frei von jedem Egoismus" geschaffen werden! Aber kämpfen denn die Arbeiter nicht im Kapitalismus gerade um eine bessere Befriedigung ihrer "egoistischen", materiellen Bedürfnisse, für mehr Lohn und einen besseren Lebensstandard? Und ist es nicht begreiflich, dass sie vom Sozialismus zunächst einmal gerade das fordern? Für die Genossen vom Spartacus anscheinend nicht. Für sie bricht mit dem Sozialismus die Zeit des völlig neuen Menschen an. Krasser kann man sich den Rückfall vom Marxismus auf einen spießbürgerlichen Idealismus nicht vorstellen.

Ausgesprochen grotesk wird dieser spießbürgerliche Idealismus, wenn die Genossen an die Diskussion des 17. Juni 1953 gehen. "Wo wäre die DDR ohne die Rote Armee geblieben?", lamentieren sie. Aber .natürlich, es waren

"die US-Imperialisten mit Hilfe der deutschen Imperialisten und ihrer Lakaien, insbesondere vom Ost-Büro der SPD, (die) diesen konterrevolutionären Putsch geplant und organisiert haben.

Hier feiern die Rädelsführertheorien der bürgerlichen Massenpsychologie fröhliche Urständ. (Was allerdings aus der Perspektive dieser Genossen nur konsequent ist, die sich ebenso wie alle bürgerlichen Politiker ein Handeln der Massen offenbar nur als kommandiertes Verhalten vorstellen können. Hier, wie bei allen Rädelsführertheorien bleibt allerdings ungeklärt, wie denn die Drahtzieher des US-Imperialismus in der Lage gewesen sein sollten, einen Massenaufstand zu organisieren, der den Einsatz von Militärgewalt notwendig machte, wenn nicht die Massen unabhängig davon ihre Gründe für die Rebellion hatten. In der Tat kommen die Genossen vom Spartacus nicht um die Vermutung herum, dass es solche Gründe gab. Deshalb mahnen sie die SED-Führung, sie hätte unverzüglich nach dem Aufstand des 17. Juni eine "Kulturrevolution" organisieren sollen. Hier wird die Komik wirklich auf die Spitze getrieben. Nachdem sie gerade einen wirklichen Aufstand niedergeschlagen hat, muten die Genossen der SED - Führung zu, jetzt sogar selbst einen Aufstand gegen sich zu organisieren!

Zunächst bedarf es wohl keiner weiteren Ausführungen um zu zeigen, dass diese "Revisionismuskritik", wie sie von der Gruppe Spartacus, vom KB Nord und so gut wie ohne Ausnahme von allen heutigen maoistischen Gruppen vertreten wird, bis in die Wurzel gedankenlos, opportunistisch und lügenhaft ist. Der opportunistische Charakter dieser Kritik wird gerade durch die Tatsache bestätigt, dass diese "Marxisten-Leninisten" gegenüber den Ereignissen in der Tschechoslowakei 1968 und dem Aufstand in Polen 1970 plötzlich eine Wendung um 180 Grad durchführen. Wenn der Aufstand in der DDR 1953 und die in Ungarn und Polen 1956 von dem US-Imperialismus inszeniert wurden - warum sollte dieser nicht auch bei den Aufständen in der CSSR 1968 und Polen 1970 seine Hände im Spiel gehabt haben, wie die DKP viel konsequenter behauptet? Wenn man die Rädelsführertheorie einmal akzeptiert hat, warum sollte sie dann in einem anderen Fall plötzlich nicht mehr stimmen? Es ist wohl kein anderer Grund erkennbar als die politischen Zweckmäßigkeitserwägungen der chinesischen Führung nach ihrem Bruch mit Russland, denen ihre westdeutschen Anhänger hier wie in der Regel gehorsam folgen.

Solange die revolutionäre Linke nicht mit diesen wie mit allen anderen Varianten des Stalinismus eine schonungslose Abrechnung durchführt, wird sie wohl nie eine Chance haben, ihr gegenwärtiges Sektierertum zu überwinden. Anstatt diese Auseinandersetzung aufzunehmen, stellt der KB den Beitrag der Gruppe Spartacus als "grundlegende Revisionismuskritik" vor! Er zeigt damit, wie unkritisch er sich gegenüber den verhängnisvollsten "Traditionen" der Arbeiterbewegung verhält.

Aber noch in einer anderen, wichtigen Frage betet der KB diese Traditionen nach: in seinem Begriff des "Faschismus". Hierzu hat nach unserer Meinung die KG/NRF eine in vielen Punkten 'richtige' Kritik bereits geliefert ('Die Faschismustheorie des KB Nord' in NRF 6/7), so dass wir uns hier darauf be-

schränken können, nur die wichtigsten Argumente noch einmal aufzunehmen.

Der Vorwurf des KB gegen viele Gruppen der revolutionären Linken lautet, dass sie die faschistische Gefahr in der Bundesrepublik unterschätzen. Worin besteht für ihn diese faschistische Gefahr? Der Kampf gegen den Faschismus ist für ihn "nicht in erster Linie Kampf gegen die NPD und andere rechtsradikale und faschistische Gruppierungen - ohne diesen Kampf vernachlässigen zu wollen - sondern ist in erster Linie Kampf gegen die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft durch die Bourgeoisie, also Kampf gegen die konkreten politischen und wirtschaftlichen Maßnahmen der Kapitalistenklasse." ("Gegen die schrittweise Faschisierung von Staat und Gesellschaft", Hamburg 1973, S. 18) Der KB sieht also zwar keine unmittelbare Gefahr des Faschismus, wohl aber die Tendenz zu einer "allmählichen Faschisierung". Diese Tendenz glaubt er, durch den Hinweis auf die Imperialismustheorie Lenins untermauern zu können, in der von einem allgemeinen Drang des Imperialismus zu politischer Reaktion die Rede ist. Um seine Behauptung zu belegen, führt der KB ziemlich wahllos eine Reihe von gegen die Linke und gegen die Gewerkschaften gerichteten Repressionsmaßnahmen an - vom KPD-Verbot über die Notstandsgesetze bis zur Bader-Meinhof-Kampagne - und politische Äußerungen von Vertretern der CDU/CSU und des Kapitals. Als politischen Hauptträger der "Faschisierung" betrachtet der KB die CDU/CSU: "Viel wichtiger ist aber, dass eine Partei wie die CDU/CSU mit unverkennbar faschistischer Tendenz eine erhebliche Massenbasis hat, die über Ausländerhass und nationale Überheblichkeit, Hetze gegen Minderheiten, Antikommunismus, Klerikalismus usw. mobilisierbar ist. Um allen Missverständnissen vorzubeugen: die CDU/CSU ist keine faschistische Partei, und die mögliche Rückkehr der CDU/CSU an die Regierung würde noch keinen Faschismus bedeuten. Die CDU/CSU hat jedoch eine klare faschistische Tendenz und könnte sich unter Umständen zu einer neuen faschistischen Partei entwickeln. Eine Rückkehr der CDU/CSU an die Regierung würde auf jeden Fall zu einer beschleunigten und verschärften Faschisierung von Staat und Gesellschaft führen." ("Gegen die ... S. 14).

Wir sehen in diesem Begriff der "Faschisierung", wie ihn der KB gebraucht, eine politisch verantwortungslose **Begriffsverwirrung**. Mit ihr werden die entscheidenden Unterschiede zwischen Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse und gegen die Linke, wie sie auch in normalen Zeiten der bürgerlichen Demokratie immer auf der Tagesordnung sind, und faschistischer Diktatur verwirrt. Die faschistische Diktatur geht über die in der bürgerlichen Demokratie gebräuchlichen Unterdrückungsmaßnahmen weit hinaus. Sie beschränkt nicht nur die Rechte der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften, sondern beseitigt sie und zerschlägt die Gewerkschaften. Sie beschränkt sich nicht darauf, einzelne Organisationen der Linken zu unterdrücken, sondern zerschlägt die Linke insgesamt und schafft die parlamentarische Demokratie einschließlich der liberalen bürgerlichen Parteien ab. Solche umfassenden Unterdrückungsmaßnahmen lassen sich nicht allein durch den Polizeiapparat durchführen. Sie werden nur durch den organisierten Massenterror möglich, zu dem der Faschismus eine

gewisse Basis in der Bevölkerung benötigt, die er bisher in der Regel in dem deklassierten Kleinbürgertum fand.

Von solchen Schritten ist die herrschende Klasse in der Bundesrepublik aber gegenwärtig weit entfernt. In der überschaubaren Zukunft ist keine politische oder ökonomische Entwicklung absehbar, die sie dann veranlassen könnte. Ebenso wenig bestehen in der Bundesrepublik ernstzunehmende Ansätze für eine faschistische Massenbewegung. Der KB irrt, wenn er die CDU/CSU als eine "potentiell faschistische Partei" bezeichnet. Die CDU ist ebenso wie die CSU viel zu sehr mit dem parlamentarischen System verwachsen, um zum Zentrum einer faschistischen Massenbewegung zu werden. Es bedeutet gerade eine verantwortungslose Unterschätzung und Bagatellisierung des wirklichen Faschismus, wenn der KB die normalen Erscheinungen der bürgerlichen Reaktion als "tendenziell faschistisch" bezeichnet - ganz ähnlich, wie die KPD in den Jahren 1929 bis 1933, als sie die Brüning-Regierung und die SPD als "faschistisch" bezeichnete. und dabei die wirklichen Dimensionen des Faschismus völlig verkannte.

Noch viel abwegiger ist es, wenn der KB die üblichen, periodisch wiederkehrenden Äußerungen von Unternehmervetretern über den "Ernst der Lage" usw. als Beweis für eine angebliche Gefahr der "Faschisierung" heranzieht.

Bedeutsam werden diese Fehleinschätzungen im Hinblick auf die bündnispolitischen Konsequenzen, die der KB aus ihnen ableitet. Er folgert nämlich: "So kommt es, dass auch die Jusos und SPD-Linke immer stärker ins Schussfeld geraten, und dass versucht wird, sie zu "staatsfeindlichen", "verfassungsfeindlichen" Kräften abzustempeln, die entweder überhaupt schon selbst getarnte Kommunisten sind oder doch wenigstens dem Kommunismus in die Hände arbeiten". Denselben Zweck dienen die inhaltlich absurden Angriffe gegen SPD-Regierungsmitglieder, als würden diese eine „antikapitalistische Politik betreiben oder wenigstens unterstützen," ("Gegen die..." S. 28)

So folgt aus dem "Faschismusbegriff" des KB konsequent die Aufforderung an die linke SPD zum "breiten Bündnis" gegen den Faschismus. Ganz auf dieser Linie lag die Position des KB Nord in der Bundestagswahl 1972, die dazu aufrief, die SPD als Alternative gegen die in der CDU/CSU verkörperte Gefahr der "Faschisierung" zu wählen und ein breites Bündnis bis hin zu den Jusos gegen die "Faschisierung" herstellen wollte. Diese Art von "Bündnispolitik" ist schon unter ihren eigenen Prämissen - also wenn es wirklich um einen Kampf gegen des Faschismus ginge - falsch. Denn wie die Kritik des "Neuen Roten Forum" richtig ausführt: „Im Schlepptau einer bürgerlichen Partei wie der SPD kann der Kampf um Demokratie, das lehren alle Erfahrungen, erst gar nicht entfaltet werden. Der Kampf um die selbständige Klassenpolitik und die wachsende Einheit der Arbeiterklasse, das lehrt uns nicht zuletzt die Niederlage der Arbeiterklasse und der Sieg des Faschismus, ist die Grundvoraussetzung für die Kampfkraft der Arbeiterklasse gegen alle Angriffe der Bourgeoisie." (NRF 6/72, S. 25)

Noch falscher wird die Position des KB Nord aber, weil schon die Prämissen, nämlich die akute Gefahr des Faschismus, überhaupt nicht stimmen.

Eine CDU/CSU-Regierung wäre nicht mehr und nicht weniger eine "Gefahr für die Demokratie" gewesen als eine SPD-Regierung. In dieser Situation darauf zu verzichten, den Hauptangriff gegen den gegenwärtig verantwortlichen Hauptträger der Kapitalherrschaft, die SPD/FDP-Regierung zu führen, bedeutet extremen Opportunismus, weil dadurch die wirklichen Fronten im Klassenkampf verwischt werden. Mit dieser Haltung stärkt der KB Nord die in der Arbeiterklasse vorhandenen Illusionen über die SPD und passt sich ihnen an, statt sie abzubauen. Er arbeitet damit faktisch, ob er es will oder nicht, der linken SPD und der DKP in die Hände.

Besonders fatal zeigt sich dieser Opportunismus in den Einschätzungen des KB Nord zur gegenwärtigen politischen Lage in Großbritannien und Italien (vgl. "Arbeiterkampf" Nr. 39. Febr. 74). Diese Analysen erschöpfen sich darin, dass seitenlang detailliert eine angeblich unmittelbar drohende Gefahr der faschistischen Machtergreifung an die Wand gemalt wird.

Über das, was gerade die Hauptaufgabe der revolutionären Linken in Italien wäre, nämlich der Kampf gegen den reformistischen und sozialdemokratischen Einfluss in der Arbeiterbewegung, schweigen die Artikel des "Arbeiterkampf" (der Zeitung des KB).

Der KB setzt hier rechtsopportunistische Traditionen in der KPD fort, wie die Politik der Brandler-Thalheimer-Gruppe, die in ihrer völligen Überschätzung der faschistischen Gefahr durchaus als historisches Vorbild der heutigen Haltung des KB betrachtet werden kann. Schon damals, 1923, führte die Überschätzung des Faschismus zu einer Anpassung an die Sozialdemokratie. Diese rechtsopportunistische Linie wurde später von der stalinistischen Komintern fortgeführt, auf ihrem VII. Weltkongress im Jahre 1935. Nachdem die Sozialdemokratie in den Jahren zuvor unter dem Titel des "Sozialfaschismus" zum Hauptfeind erklärt worden war, bot man ihr nun auf einmal das breite, antifaschistische Bündnis an und stellte jede Kritik an ihrer bürgerlichen Politik ein. Sicherlich kann die heutige Haltung des KB zur SPD mit dieser rechtsopportunistischen Schwenkung nicht ohne weiteres in einen Topf geworfen werden. Die äußerst vorsichtig gehaltene Kritik des KB an der Volksfront -Politik des VIII. Weltkongresses (im Inhaltsverzeichnis der "Revisionismus"-Broschüre wird die Überschrift eines Artikel "Meilenstein des Revisionismus" ausdrücklich zurückgewiesen und stattdessen von einem Meilenstein in "der **Entwicklung** zum modernen Revisionismus" gesprochen) zeigt jedoch die Unsicherheit des KB in dieser zentralen Frage.

Gedankenloses Nachbeten stalinistischer Traditionen in der Arbeiterbewegung - das kennzeichnet bis heute in vieler Hinsicht die Positionen des KB ebenso wie die anderer maoistischer Gruppen. Dabei soll nicht geleugnet werden, dass der KB in der China-Frage - im Rahmen einer prinzipiellen Loyalität zur KPCh - zu einer Reihe von Problemen eine differenziertere Haltung vertritt als andere maoistische Gruppen. So hat z.B. der "Arbeiterkampf" (Sept. 73 bis Jan. 74) eine Artikelserie "Zur Kritik der Außenpolitik der VR China" veröffentlicht, deren Argumentation sich von der blinden Mao-Gläubigkeit der meisten anderen maoistischen Gruppen (vor allem auch des KBW) unterscheidet. Die Genossen weisen hier sehr detailliert

nach, dass die VR China, verschleiert hinter revolutionären Phrasen, eine bürgerliche Außenpolitik betreibt. Auch in der Einschätzung der Kulturrevolution hat der KB (in 'Unser Weg' 20/21, dem theoretischen Organ des KB) eine kritischere Haltung vertreten als das "Neue Rote Forum" (die Zeitschrift der Heidelberger Gruppe, die später eine führende Rolle bei der Bildung des KBW spielte). Aber solange die Frage des Klassencharakters der VR China nicht genauer untersucht wird, als es in diesen Aufsätzen geschieht, bleibt diese Kritik genau so halbherzig wie die oben erörterte Kritik am "Revisio-nismus".

Zum KBW (Kommunistischer Bund Westdeutschland)

Der KBW unterscheidet sich in seiner Entstehungsgeschichte von den meisten anderen maoistischen Gruppen. Er ging nicht direkt aus einem (oder wenigen) lokalen Zirkeln hervor, sondern entstand aus einer Vereinigung mehrerer Gruppen im gesamten Bundesgebiet, wobei die Initiative von den Gruppen KB Bremen und der Kommunistischen Gruppe "Neues Rotes Forum" in Heidelberg ausging. Der Vereinigung ging eine Programmdiskussion voraus, die, nach dem Selbstverständnis der Beteiligten, eine zentrale programmatische Auseinandersetzung innerhalb der revolutionären Linken in der BRD einleiten sollte. Der KBW versteht sich als Ansatz einer organisatorischen Vereinheitlichung der revolutionären Linken in der BRD auf politischer Grundlage, d.h. auf der Grundlage des gemeinsamen Programms. Er tritt mit dem Anspruch auf, das "Zirkelwesen" zu überwinden und einen entscheidenden Schritt" zum Wiederaufbau der Kommunistischen Partei zu leisten, wenn er auch sich selbst noch nicht unmittelbar als diese Partei betrachtet.

Verglichen mit der Selbstgefälligkeit vieler ML-Zirkel, die sich selbst kurzerhand zur Avantgarde ernennen, war dieses Verfahren bei der Gründung des KBW zweifellos ein Fortschritt. Trotzdem sind wir nicht der Meinung, dass die Gründung des KBW einen qualitativen Schritt über das bisherige maoistische "Zirkelwesen" hinaus bedeutet, wie er selbst beansprucht. Der KBW verfällt der Illusion, dass die quantitative Vereinigung der bestehenden, noch überwiegend durch ihren studentischen und kleinbürgerlichen Charakter geprägten Zirkel um eine Programmdiskussion den wirklichen qualitativen Schritt des Parteaufbaus, nämlich die Verankerung der revolutionären Linken in der Arbeiterklasse, ersetzen könne.

Wir sehen in der vom KBW im vorigen Jahr initiierten Programmdiskussion nur den ersten Anfang einer notwendigen allgemeinen politischen Auseinandersetzung innerhalb der revolutionären Linken, die mit rücksichtsloser Offenheit alle Fehler und Niederlagen der Arbeiterbewegung aufarbeiten muss. Nur wenn die revolutionäre Linke bereit ist, rücksichtslos mit allen Fehlern der Vergangenheit abzurechnen und die Konsequenzen daraus zu ziehen, wird es ihr gelingen, das tief verwurzelte und durch historische Erfahrungen wohl begründete Misstrauen der Arbeiterklasse gegenüber dem revolutionären Sozialismus abzubauen. Das ist nur eine unter anderen Vorbedingungen, unter denen die revolutionäre Linke wieder imstande sein wird, sich in der Arbeiterklasse zu verankern und zu einer realen Kraft der Arbeiterbewegung zu werden. Nur wenn sie erfüllt sind, kann

nach unserer Meinung ernsthaft an den organisatorischen Aufbau der Partei gedacht werden. Solange sie noch nicht erfüllt sind - und das ist heute der Fall - wird jeder Versuch der Parteiproklamation ebenso im Sande verlaufen und im Sektierertum enden, wie das bei den bisherigen "Parteigründungen" der Fall war. Solche Ansätze zum Parteaufbau werden - auch wenn sie sich noch nicht selbst als Partei verstehen wie der KBW - ebenso wie die ML-Parteien unter den Zwang geraten, sich selbst falsche Tatsachen vorzuspiegeln und die gleichen Fehler der Studentenbewegung wiederholen zu müssen: Substitutionismus und Dogmatismus.

Unsere Auseinandersetzung mit dem KBW soll sich auf folgende Punkte konzentrieren: Die Einschätzung der Entwicklung des Imperialismus und des gegenwärtigen Standes der Arbeiterbewegung, die Rolle des Programms, der demokratischen Forderungen.

Einschätzung der historischen Entwicklung des Imperialismus

Im ersten Abschnitt des KBW-Programms findet sich eine Darstellung der ökonomischen Entwicklungstendenzen des Kapitalismus und Imperialismus, deren Aufgabe es ist (laut Stellungnahme zum Programmvorschlag in NRF 1/2 73), eine "Etappenbestimmung" der sozialistischen Revolution zu geben. Mit dieser Etappenbestimmung soll aufgezeigt werden, dass der Imperialismus die "Ära der sozialen Revolution des Proletariats" ist (Programm S. II). Im Hinblick auf die revolutionäre Bewegung in Westdeutschland wird das weiter unten konkretisiert: "In Westdeutschland, wo der Kapitalismus schon lange zur herrschenden Produktionsweise geworden ist, sind alle wesentlichen Spuren vorkapitalistischer Produktionsverhältnisse beseitigt. Die Bourgeoisie hat die politische Macht inne. Unmittelbare Aufgabe des westdeutschen Proletariats ist die Vorbereitung und Durchführung der proletarischen Revolution. Für diesen Schritt wird das westdeutsche Proletariat große Teile der Kleinbauern und jener Lohnabhängigen gewinnen, deren Lebensumstände sich denen des Proletariats mehr und mehr angleichen." (S. 14)

Wenn die Genossen von der "unmittelbaren" Aufgabe des Proletariats sprechen, so meinen sie offenbar: ohne bürgerliche Zwischenetappe. Aber stand nicht das deutsche Proletariat schon vor 100 Jahren, seit dem in der Reichseinigung vollzogenen Abschluss der bürgerlichen Revolution, vor der Aufgabe, die sozialistische Revolution ohne bürgerliche Zwischenetappe durchzuführen? Man sollte erwarten, dass ein Programm, das sich nicht auf Allgemeinplätze beschränkt, sondern eine wirkliche Etappenbestimmung der gegenwärtigen Arbeiterbewegung geben will, doch gerade die Geschichte dieser letzten 100 Jahre zum Thema haben und die entscheidenden Lehren für die Arbeiterklasse ziehen müsste.

Aber nicht einmal diese elementare Forderung erfüllt das Programm des KBW. Es beschränkt sich darauf, einige allgemeine Aussagen aus der Marxschen Theorie der Entwicklung des Kapitalismus und der Leninschen Imperialismustheorie zu referieren und fügt schließlich noch einige Bemerkungen über das Anwachsen der Staatsintervention hinzu. Diese wenigen, äußerst allgemein gehaltenen Sätze über das Anwachsen der Staatsintervention sind

das einzige Spezifische, was das Programm über die ökonomische Entwicklung des Kapitalismus seit der Abfassung der Leninschen Imperialismustheorie zu sagen hat.

Nun war zwar die Leninsche Imperialismustheorie zu ihrer Zeit zweifellos eine brauchbare Grundlage für eine konkrete Etappenbestimmung der proletarischen Revolution. Die "Fäulnis", das "Absterben" des Kapitalismus, die Verschärfung der Krisen, die Radikalisierung der Klassenkämpfe - all das waren damals offenkundige Entwicklungstendenzen des Kapitalismus, die ihre überwältigende Bestätigung in der Krise des Kapitalismus in den dreißiger Jahren fanden. Aber die Tendenz zum "Absterben" des Kapitalismus setzte sich zur Überraschung aller revolutionären Marxisten keineswegs geradlinig nach dem zweiten Weltkrieg fort. Der Kapitalismus erlebte im Gegenteil eine nie dagewesene Aufschwungphase, die eine schnellere Entwicklung der Produktivkräfte als jemals zuvor die Reallöhne der Arbeiter ansteigen ließ und dem revolutionären Marxismus mehr oder weniger die politische Grundlage entzog. Für diese Aufschwungphase des Kapitalismus kann die Leninsche Imperialismustheorie **keinerlei Erklärung** geben. Und über diese Aufschwungphase, die den politischen Zustand der Arbeiterbewegung bis auf den heutigen Tag **aufs tiefgreifendste** beeinflusst hat, verlieren die KBW-Theoretiker **kaum ein Wort!** Sie beschränken sich auf die Feststellung, dass "in Deutschland" das Kampfziel der proletarischen Weltrevolution "verschüttet und entstellt" sei. Das muss aber eine bloß moralisierende Feststellung bleiben, die keinerlei politischen Erkenntniswert besitzt, solange die "Verschüttung" und "Entstellung" des revolutionären Marxismus nicht im Zusammenhang der ökonomischen Entwicklung der letzten 20 Jahre (**und** der Rolle des Stalinismus, wie wir weiter unten noch genauer ausführen wollen) gesehen wird, ohne die sie überhaupt nicht denkbar wäre.

Die KBW-Genossen werden hierauf wahrscheinlich antworten, dass man "Wesen" und "Erscheinung" auseinander halten müsse: "Grundsätzlich", seinem Wesen nach, sei der Kapitalismus "absterbender", "faulender" Kapitalismus, verschärfen sich die Krisen, wachse die industrielle Reservearmee, während "an der erscheinenden Oberfläche" Prosperität herrschen könne. Sie werden ferner auf die gegenwärtigen Krisenerscheinungen des westlichen Kapitalismus verweisen. Darauf ist zu entgegnen: Erstens ist offenkundig, dass eine so naive Metaphysik von "Wesen" und "Erscheinung" mit der Theorie des revolutionären Marxismus, dem es gerade nicht um eine abstrakte Trennung, sondern um die **Vermittlung** von Wesen und Erscheinung ging - nichts zu tun hat, sondern einen weiten **Rückfall** hinter sie bedeutet. Zweitens hilft das den Genossen aber auch nichts, wenn sie auf die gegenwärtigen Krisenerscheinungen verweisen: Solange die Ursachen der Nachkriegsprosperität nicht begriffen sind, wird es niemals gelingen, die konkreten Perspektiven, das historisch Spezifische der gegenwärtigen Krisentendenzen des Kapitalismus zu erkennen.

Die Leninsche Imperialismustheorie, oder doch zumindest ein großer Teil ihrer Aussagen, war auf eine ganz bestimmte historische Situation bezogen, aus der sie allein ihren politischen Sinn erhielt und in der sie allein eine "Anleitung zum Handeln" werden konnte: Die Krisenperiode des Kapitalis-

mus nach dem 1. Weltkrieg. Heute müsse viele ihrer Aussagen - so über das Verhältnis zwischen Industrie- und Finanzkapital und über die Rolle des Kapitalexports in die Dritte Welt - modifiziert und relativiert werden. Berücksichtigt man das nicht, und löst man die Leninsche Imperialismustheorie und die aus ihr gezogenen politischen Konsequenzen aus ihrem historischen Zusammenhang, so wird sie zu einem toten Dogma, aus dem falsche politische Strategien folgen müssen.

In der Tat ist die Dogmatisierung der Leninschen Imperialismustheorie die Wurzel zweier zentraler politischer Fehler des KBW, auf die wir im folgenden eingehen wollen: Die extreme Überschätzung des gegenwärtigen politischen Entwicklungsniveaus der westdeutschen Arbeiterbewegung und die Vorspiegelung eines faktisch nicht vorhandenen direkten Zusammenhangs zwischen den nationalen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt und der proletarischen Revolution in den "Metropolen". Mit diesen Fehleinschätzungen hängt der Irrtum zusammen, es stünden heute über die gewerkschaftlichen Kämpfe hinaus bereits Massenkämpfe der Arbeiter um "demokratische Forderungen" auf der Tagesordnung. Wenn der KBW versucht, solche Forderungen durch einen organisatorischen Kraftakt "auf die Tagesordnung" zu setzen, so muss dieser Versuch in der gleichen substitutionistischen Sackgasse enden, in die auch die ML-Bewegung und die antiautoritäre Studentenbewegung gelangt war.

Bedingungen des Parteaufbaus

„Wenn einer, der mit Mühe kaum
gekrochen ist auf einen Baum,
schon meint, dass er ein Vogel wär
- so irrt sich der.“

Wilhelm Busch

Der KBW will noch nicht unmittelbar die revolutionäre Avantgardepartei des Proletariats sein. Aber er beansprucht, mehr als ein bloßer Zirkelblock zu sein. Wenn der KBW sein eigenes Programm als das "Programm der westdeutschen Kommunisten" bezeichnet, so beansprucht er damit, für die gesamte revolutionäre Linke in der BRD zu sprechen. Noch offener wird dieser Alleinvertretungsanspruch in einer kürzlich von W. Maier verfassten Kritik am Programmentwurf der Gruppe KPD (Rote Fahne) formuliert, wo es heißt: "Er (der Programmentwurf der Gruppe KPD) tritt den Beweis an, dass es neben dem Programm des KBW, das als Vorschlag der gesamten kommunistischen Bewegung unterbreitet wurde, kein weiteres kommunistisches Programm in Westdeutschland geben kann, und jeder Versuch in dieser Richtung nur auf einen Schmarren hinauslaufen kann" (KVZ Nr. 7, 3.4.1974)

Obwohl der KBW sich noch nicht förmlich zur Partei erklärt hat - so kann man das nur verstehen - fordert er dennoch von den übrigen

Gruppen der revolutionären Linken, als Kern und Sammelpunkt der zukünftigen Partei anerkannt zu werden.

Wie rechtfertigt der KBW dieses sehr anspruchsvolle Selbstverständnis? Den einen Teil der Antwort deutet W. Maier selbst in der zitierten Äußerung an, nämlich: Das Programm habe ja als Vorschlag der gesamten revolutionären Linken in der BRD vorgelegen, alle Gruppen – auch die negativ oder überhaupt nicht Stellung nahmen - hätten also eine Chance gehabt, ihre Vorstellungen zur Geltung zu bringen und am Aufbau des KBW mitzuwirken. Sofern sie es nicht taten, darauf läuft die Logik dieses Arguments hinaus, verhielten sie sich sektiererisch und isolierten sich selbst von der im KBW verkörperten Einheit der kommunistischen Bewegung. Deshalb haben sie kein Recht, gegenüber dem KBW als konkurrierende Organisationen aufzutreten.

Aber dieses Argument beruht selbst auf einer viel grundlegenderen Voraussetzung: der Voraussetzung nämlich, dass in der heutigen Entwicklung der westdeutschen Arbeiterbewegung die objektiven Voraussetzungen für den organisatorischen Aufbau der Partei gegeben sind. Nur dann kann sich die Bildung der Partei nämlich als Vereinigung der bestehenden Gruppierungen der revolutionären Linken um ein Programm vollziehen. Dazu führen die Genossen aus: "Wir meinen, dass die objektiven Bedingungen für die Parteigründung herangereift sind: eine relativ breit entfaltete lokale und regionale kommunistische Bewegung und ihre zunehmende Verbindung mit der Arbeiterklasse." (zitiert nach ".Zur Politik des KBW (NRF)" hrsg. v. KB S. 4)

An dieser Formulierung fällt zweierlei auf: Erstens sehen die Genossen die "relativ breite" Entfaltung der "kommunistischen Bewegung" und ihre "zunehmende Verbindung mit der Arbeiterklasse" anscheinend als zwei getrennte und verschiedene Voraussetzungen des Parteaufbaus. Dabei ist doch die "Entfaltung" der kommunistischen Bewegung für den Aufbau der kommunistischen Partei solange bedeutungslos, solange die Revolutionäre nicht in der Arbeiterklasse verankert sind, solange diese "relativ entfaltete" Bewegung eine Bewegung der studentischen und kleinbürgerlichen Intelligenz ist, Diese Priorität der Verankerung in der Arbeiterklasse wird nicht klar ausgesprochen. Zweitens ist die Unklarheit der Formulierung "Verbindung mit der Arbeiterklasse" bemerkenswert. Besteht diese "Verbindung" schon, wenn zwei oder drei Genossen im Betrieb eine Betriebszeitung herausgeben? Und selbst wenn es mehr als zwei, drei Genossen im Betrieb sein sollten: Auf welcher politischen Grundlage besteht die Verbindung mit der Arbeiterklasse? Werden die Genossen als Revolutionäre akzeptiert oder nicht vielmehr als radikale Gewerkschafter, so dass man von einer "Verbindung mit der Arbeiterklasse" im politischen Sinn überhaupt nicht reden kann?

Auf diese entscheidenden Fragen gibt uns der KBW keine oder nur äußerst unklare Antworten. Die Gründungsresolution spricht zwar von einem "Aufschwung der Kämpfe der Arbeiterbewegung und des Volkes" und einer "allgemeinen Linksentwicklung in der Arbeiterklasse und im

Volk". Das ist teils völlig nichtssagend, teils falsch. Denn die Redensart vom Aufschwung der Arbeiterbewegung bleibt solange inhaltslos, solange nicht gesagt wird, auf welchem Niveau sich dieser Aufschwung abspielt, Ein Zwerg, der gerade um 2 cm größer geworden ist, ist zwar damit für seine Verhältnisse gewaltig gewachsen, ist aber deshalb noch lange kein Riese! Zweifellos hat in der BRD seit 1969 ein Aufschwung der gewerkschaftlichen Kämpfe der Arbeiterklasse stattgefunden. Trotzdem wird in den anderen westeuropäischen Ländern, in denen noch keineswegs eine unmittelbare revolutionäre Situation herrscht, zehn, zwanzig, dreißigmal mehr gestreikt als in der BRD. Aber nur wenn man sich über dieses absolute Niveau der Klassenkämpfe genau Rechenschaft ablegt, kann man doch erst die Frage beantworten, ob Revolutionäre die Chance haben, die fortgeschrittensten Teile der Arbeiterklasse für den revolutionären Marxismus zu gewinnen. Aber darum drückt sich die Gründungsresolution des KBW und J. Schmierer (der Sekretär des KBW) in seiner Auseinandersetzung mit den von den Bremer Genossen Kühl und Maier vertretenen Thesen geflissentlich herum (in: "Kommunismus und Klassenkampf" 1g. 1, Okt. 73).

Direkt falsch ist es, wenn der KBW in seiner Gründungsresolution von einer "allgemeinen Linksentwicklung im Volk" redet. Die CDU--Stimmengewinne bei verschreckten Mittelständlern dürften die Leichtfertigkeit derartiger euphorischer Einschätzungen inzwischen deutlich genug gemacht haben!

Im ersten Abschnitt der Gründungsresolution wird die These des „Aufschwungs der Arbeiterbewegung" jedoch noch durch ein weiteres Argument ergänzt. Der Aufschwung der Arbeiterbewegung wird hier aus der Verschärfung der internationalen Widersprüche des Imperialismus, vor allem aber zwischen den Hauptmächten des Imperialismus und der Dritten Welt, abgeleitet:

"Die unterdrückten Länder Asiens, Lateinamerikas und Afrikas sind gegenwärtig immer noch die Sturmzentren der Weltrevolution. Aber gerade die Kämpfe der Nationen dieser Kontinente tragen dazu bei, dass sich auch die inneren Widersprüche der imperialistischen Länder verschärfen". (Ergebnisse der Gründungskonferenz, S. 22) Und weiter unten heißt es: "Die Hauptwidersprüche der gegenwärtigen Zeitspanne der Epoche des Imperialismus und der sozialen Revolution wirken sich sämtlich objektiv und subjektiv auf die Klassenkämpfe in Westdeutschland aus. So hat sich gegen die US-Aggression in Indochina eine antiimperialistische Solidaritätsbewegung mit den dort um ihre Befreiung kämpfenden Völkern herausgebildet, die längst Massencharakter angenommen hat" (ebenda S. 26).

Zwar ist es richtig, wenn der KBW die Forderung aufstellt, die Entwicklung der westdeutschen Arbeiterbewegung im Zusammenhang mit den internationalen Klassenkämpfen zu analysieren. Aber er setzt hier unseres Erachtens einen ganz falschen Schwerpunkt. Nicht die Kämpfe zwischen Proletariat und Bourgeoisie in den Hauptländern des Imperialismus, sondern der Kampf zwischen den nationalen

Befreiungsbewegungen der Dritten Welt und dem Imperialismus soll "Sturmzentrum der Weltrevolution" sein, von dem entscheidende Impulse für die Klassenkämpfe in den imperialistischen Ländern ausgehen sollen. Aber diese Einschätzung ist nicht weniger illusionär als die Position der antiautoritären Studentenbewegung, die die nationalen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt als die einzige revolutionäre Kraft ansah, Legt nicht das Schicksal der nationalen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt das genaue Gegenteil der Position des KBW nahe? Zeigt nicht das Scheitern der palästinensischen Befreiungsbewegung, zeigen nicht die erheblichen Schwierigkeiten der südvietnamesischen Revolutionsregierung und der Militärputsch in Chile, dass die Macht des Imperialismus nur durch eine Revolution des Proletariats in den Hauptländern des Imperialismus selbstwirksam gebrochen werden kann, dass also der entscheidende Impuls zur Weltrevolution nur von dieser proletarischen Revolution und nicht von den nationalen Befreiungsbewegungen der Dritten Welt ausgehen kann? Diese entscheidende Verantwortung der Revolutionäre in den imperialistischen Hauptländern leugnet der KBW, wenn er von der Dritten Welt als dem "Sturmzentrum der Weltrevolution" spricht. Mit der Formulierung, dass die antiimperialistische Solidaritätsbewegung "Massencharakter" angenommen habe, täuscht er sich über den wirklichen Charakter dieser Solidaritätsbewegung hinweg: als einer auf die kleinbürgerliche und studentische Intelligenz beschränkten Bewegung, die - leider - in der Arbeiterklasse kaum aktive Resonanz gefunden hat und auch bis auf weiteres keine Chancen hat, eine solche aktive Resonanz in breiterem Umfang zu finden.

Auch der Hinweis auf die nationalen Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt gibt keine Rechtfertigung für die These des KBW, dass die "objektiven Bedingungen" für den Parteaufbau herangereift seien. Wir können also nur schließen, dass der KBW eine Erläuterung seiner Ansicht schuldig bleibt, dass "inzwischen Bedingungen herangereift und geschaffen sind, die die Neugründung der KPD aus einem idealistischen und voluntaristischen Akt zu einem historisch notwendigen und möglichen Schritt machen." (NRF-Sondernummer Mai 1973, S. 6) Zwar hat sich der KBW bei seiner Gründung nicht so sektiererisch verhalten wie andere maoistische Parteaufbaugruppen. Er macht aber den gleichen Fehler wie diese Gruppen, insofern er bei seinen Vorstellungen über den Aufbau der Partei nicht von einem wirklichen Wechselverhältnis zwischen Partei und Klasse ausgeht. Wie sie sieht er nur die eine Seite dieses Wechselverhältnisses, nämlich die revolutionäre Führung, ihre Prinzipien und ihr Programm. Über die andere Seite, den wirklichen Aufschwung der Klassenkämpfe, das Hindrängen zumindest der fortgeschrittenen Teile der Arbeiterklasse zum Marxismus, legt der KBW sich keine ernsthafte Rechenschaft ab. Anstatt die wirkliche Bewegung der Arbeiterklasse realistisch einzuschätzen, begnügt er sich mit allgemeinen Formeln wie dem "Aufschwung der Arbeiterbewegung", die nur seine eigenen Illusionen ausdrücken: Dass diese Formeln inhaltslos sind, darüber kann auch die Tatsache nicht hinwegtäuschen, dass es dem KBW vielfach gelungen ist,

im studentischen und kleinbürgerlichen Milieu größere "Massen" (unter dem Begriff der "Volkskämpfe") zu mobilisieren. Diese Mobilisierung im studentischen und kleinbürgerlichen Milieu darf nicht davon ablenken, dass die Hauptschwäche der revolutionären Linken in ihrer mangelnden Verankerung im Proletariat besteht und dass hier ihre- noch ungelösten politischen Hauptaufgaben liegen.

Wir stimmen mit dem KBW in seiner Auffassung über die Notwendigkeit des Aufbaus einer revolutionären Arbeiterpartei prinzipiell überein. Wir sind auch mit ihm nicht der Meinung, dass Revolutionäre heute die Hände in den Schoß legen und auf die spontane Entwicklung der Arbeiterbewegung warten sollten. Die revolutionäre Partei kann jedoch nicht außerhalb der Arbeiterklasse aufgebaut werden; sie kann nicht aufgebaut werden, ohne dass innerhalb der Arbeiterbewegung eine Strömung entstanden ist, die sich dem revolutionären Marxismus zuwendet. Eine solche Strömung existiert heute noch nicht. Die Arbeiterklasse in der BRD ist in ihren heutigen Verteidigungskämpfen schwächer und unsicherer als etwa während der fünfziger Jahre, sie ist auch wesentlich schwächer und weniger selbstbewusst als in den meisten anderen kapitalistischen Ländern. Die sozialdemokratischen Illusionen sind in ihr noch tief verwurzelt. In dieser Situation behindert es gerade die Verschmelzung von revolutionärer Intelligenz und Arbeiterbewegung, wenn einzelne - trotz gewisser Rekrutierungserfolge im Arbeitermilieu immer noch durch ihren studentischen und kleinbürgerlichen Charakter geprägte - Gruppen der revolutionären Linken wie der KBW glauben, sich schon heute als organisatorischer Kern der zukünftigen Partei konstituieren zu können und damit einen faktischen Parteianspruch erheben. Denn dieser Aufbau der "Partei" kann sich nur an der Arbeiterklasse vorbei und über ihre Köpfe hinweg vollziehen.

Der KBW wird uns wegen dieser Haltung wahrscheinlich "Nachtrabpolitik" vorwerfen, den gleichen Vorwurf, den er bereits anderen Gruppen der revolutionären Linken wie dem KB Nord gemacht hat, die sein Konzept des Parteaufbaus kritisiert haben. Dabei unterstellt er, dass die politischen Propaganda- und Führungsaufgaben, die sich bereits heute revolutionäre Marxisten stellen bzw. eröffnen, mit der Konstitution der Partei selbst unmittelbar identisch sind. Gerade hier liegt der Irrtum. Wir sehen die Aufgabe der revolutionären Linken in der BRD heute darin, den revolutionären Marxismus in die Arbeiterklasse hineinzutragen, zu allen wichtigen politischen Problemen und Tagesfragen eine umfassende marxistische Propaganda zu entwickeln und so zu versuchen, Kader in der Arbeiterklasse zu gewinnen. All das wird uns viel leichter möglich sein, wenn wir den Arbeitern, die wir ansprechen, selbst das Urteil darüber überlassen, ob unser politisches Auftreten mit unserem Anspruch übereinstimmt. Dieses Urteil schneiden diejenigen Gruppen der revolutionären Linken ab bzw. nehmen es vorweg, die heute schon einen offiziellen oder wie der KBW inoffiziellen Parteianspruch stellen. Sie stellen damit nämlich jeden Arbeiter vor die Alternative: Entweder du bist Revolutionär, dann musst

du dich unserer Organisation anschließen. Wenn du dich aber weigerst, in uns die revolutionäre Partei oder ihren Kern zu sehen, bist du entweder kein Revolutionär oder bist im Irrtum. Mit diesem Ultimatum werden gerade diejenigen Arbeiter abgestossen, die sich heute bereits zum Marxismus hingezogen fühlen, aber ihre Zweifel an den bestehenden Gruppen der revolutionären Linken haben, die den Marxismus zu repräsentieren vorgeben.

Wir können also heute schon revolutionäre Propaganda in der Arbeiterklasse betreiben und den Kampf gegen den sozialdemokratischen Einfluss in den Gewerkschaften führen, ohne der Zwangsvorstellung zu unterliegen, die eigene Organisation sei bereits das Zentrum oder das potentielle Zentrum der proletarischen Revolution. Dieser Zwangsvorstellung fällt aber der KBW ebenso wie seine Vorgänger in der ML-Bewegung anheim.

Die Gefährlichkeit solcher Zwangsvorstellungen besteht darin, dass sie das politische Wahrnehmungsvermögen verzerren. Versteht man sich einmal als Kern der zukünftigen revolutionären Partei, so muss man, um dieses Selbstverständnis zu rechtfertigen, auch seine politische Umwelt so sehen, als ob die Revolution unmittelbar auf der Tagesordnung stünde. Man wird dann zu überoptimistischen Fehleinschätzungen der politischen Entwicklung neigen, die Fähigkeit zu realistischer Analyse einbüßen und die eigenen Kräfte und Möglichkeiten überschätzen. Noch mehr: Man wird sich den Eindruck suggerieren müssen, alle wesentlichen theoretischen Fragen der proletarischen Revolution seien gelöst und man habe bereits eine Antwort darauf. Dabei drückt sich der KBW ebenso wie die anderen maoistischen Gruppen um eine offene und klare Auseinandersetzung gerade mit der theoretischen Frage der heutigen Arbeiterbewegung herum wie wir bereits oben in unserer Kritik am KB Nord zu zeigen versucht haben: mit der Frage des Stalinismus, die immer noch eine erhebliche Barriere zwischen der Arbeiterklasse und der revolutionären Linken in der BRD darstellt. Mit Ausflüchten wird über die "Fehler" Stalins ebenso wie über die Maos hinweggeredet, um sie in die Reihe der revolutionären Ahnväter einzugliedern. Dieses Verhalten trägt nicht dazu bei, die revolutionäre Linke in den Augen derjenigen Arbeiter, deren Vorstellung vom Sozialismus durch die Realitäten in der DDR geprägt sind, glaubwürdiger und überzeugender zu machen.

Alle diese politischen Fehler folgen konsequent aus dem falschen Konzept des Parteaufbaus; das der KBW wie viele andere maoistische Gruppen vertritt: aus der Vorstellung, die Vereinigung der bestehenden revolutionären Linken in der BRD um ein gemeinsames Programm sei schon die Basis für den Aufbau der revolutionären Partei. Wir halten eine Kritik, die sich nur auf einzelne Inhalte des Programms des KBW beschränkt, für unzureichend. Der Fehler des KBW liegt nicht allein in diesen Inhalten, sondern in der Interpretation der Bedeutung des Programms überhaupt, nämlich als Vehikel zum Aufbau der Partei. Weil schon die Prämissen, unter denen diese Programmdiskussion stattfand, nach unserer Auffassung falsch waren, können wir den Vorwurf nicht

akzeptieren, wir hätten ja gar nicht versucht, unsere Position in der Programmdiskussion zur Geltung zu bringen.

Die "demokratischen Forderungen"

Eine detaillierte Kritik des KBW-Programms ist nicht unser Ziel. Wir wollen uns vielmehr auf den Teil des Programms konzentrieren, in dem der KBW die praktischen Konsequenzen aus seiner Einschätzung der gegenwärtigen Etappe der Arbeiterbewegung zieht: den "demokratischen Forderungen."

Die "demokratischen Forderungen" nehmen den breitesten Raum in den Erläuterungen zum Programmentwurf und den der Verabschiedung des Programms folgenden Auslegungen des Programms ein. So enthält jede der bisher erschienenen drei Ausgaben des theoretischen Organs "Kommunismus und Klassenkampf" einen Artikel, der sich vor allem mit den "demokratischen Forderungen" beschäftigt. Offenbar haben sie in der Organisation zu zahlreichen Missverständnissen Anlass gegeben, und das ist kein Wunder.

Am klarsten hat W. Maier das Problem formuliert, das hinter der Aufstellung der "demokratischen Forderungen" steht: wie kommt die Arbeiterklasse von ihrem - vorwiegend ökonomischen - Kampf um die Verteidigung ihrer Lebensinteressen innerhalb des kapitalistischen Systems zum Kampf um die Eroberung der politischen Macht und damit zum Sturz des Kapitalismus. Et geht um ein "Minimalprogramm", das unmittelbar zur Verwirklichung des sozialistischen Maximalprogramms hinführen soll; um Forderungen, "die politisch an der Grenze zwischen bürgerlicher und proletarischer Demokratie und ökonomisch an der Grenze zwischen Kapitalismus und Sozialismus liegen". (KuK Jg. 1, Nr. 1, S. 37)

Diese Aufgabe sollen die "demokratischen Forderungen" erfüllen. Nach der Formulierung des Programms des KBW soll das so aussehen: "Um an die proletarische Revolution heranzukommen, freien Raum für die Entfaltung der gesellschaftlichen Klassenkämpfe zu schaffen und die Masse der werktätigen und ausgebeuteten Bevölkerung zu gewinnen, muss die Arbeiterklasse den entschiedensten Kampf für die ungeteilte und uneingeschränkte Volksherrschaft führen. Im ständigen demokratischen Kampf gegen den imperialistischen Staatsapparat werden die Arbeiterklasse und breite Volksmassen jene Fähigkeiten herausbilden, derer sie bedürfen, um die politische Macht zu erobern, die sozialistische Räterepublik zu errichten und die staatliche Verwaltung selbst in die Hand zu nehmen. Zu diesem Zweck stellen die westdeutschen Kommunisten die folgenden Forderungen auf, wobei sie den Kampf zur Durchsetzung dieser Forderungen so führen, dass er auf jenen Punkt zustrebt, an dem er umschlägt in revolutionäre Maßnahmen zur Zerschlagung des bürgerlichen Staates und zur Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat." (Ergebnisse S. 22)

Der KBW verfällt einer Illusion, wenn er glaubt, das "Herankommen der Massen" an die proletarische Revolution sei zum gegenwärtigen Zeit-

punkt vor allem eine Frage der richtigen Übergangsforderungen; denn ihrem Anspruch nach sind die "demokratischen Forderungen" Übergangsforderungen. Erst in einer wirklichen Situation des Übergangs, wo der Kampf zwischen Bourgeoisie und Proletariat bereits auf des Messers Schneide steht, wird die Formulierung von spezifischen Übergangsforderungen zu einer der entscheidenden Aufgaben der Revolutionäre, um so die Eroberung der Macht durch die Arbeiterklasse zu organisieren. Im Zentrum der Übergangsforderungen wird nach aller geschichtlichen Erfahrungen der Arbeiterbewegung die Schaffung von selbständigen proletarischen Machtorganen (Räten) auf allen Ebenen und die Vorbereitung des bewaffneten Angriffs auf die Bourgeoisie stehen. Welche spezifische Form diese Forderungen jedoch annehmen werden, wird von den spezifischen Bedingungen der revolutionären Situation abhängen. So hatte in Chile unter Allende die Forderung nach Bewaffnung des Proletariats einen anderen Stellenwert als in Russland 1917, wo die Mehrheit der Arbeiterklasse bewaffnet aus dem imperialistischen Krieg zurückgekommen war. Und selbst innerhalb ein und derselben revolutionären Prozesses kann der Stellenwert einzelner Forderungen sich ändern. So stellten die Bolschewiki in Russland zeitweilig die Forderung "Alle Macht den Räten" zurück, solange damit nur die menschwistische Mehrheit in den Räten an die Macht gekommen wäre, die nicht für die Räte, sondern für das bürgerliche Parlament eintrat.

Diese Beispiele zeigen, wie unsinnig es ist, Übergangsforderungen zur Eroberung der Macht durch das Proletariat am grünen Tisch auszuhecken. Wenn der KBW trotzdem auf den "demokratischen Forderungen" herumreitet, dann entweder, weil er glaubt, bereits bestehe eine revolutionäre Situation. Das würde im allgemeinen Rahmen seiner Theorie vom "Linksruck" der Massen und vom Parteaufbau durch Programm passen. Oder aber, er hält unabhängig von der historischen Situation, von der Zuspitzung der Klassenkämpfe, die "demokratischen Forderungen" für den entscheidenden Hebel, um vom ökonomischen zum politischen Kampf zu kommen. Er verfiel damit dem alten Fehler der Linken in der BRD, dem Irrglauben, den Kampf der Arbeiterklasse durch irgendwelche besonders ausgeklügelte Forderungen über das ökonomische Niveau hinausbringen zu können. Die demokratischen Forderungen wären dann nichts anderes als das, was für manche Trotzlisten und linke Gewerkschafter die Forderung nach "Arbeiterkontrolle" ist. Solche Forderungen sind niemals an sich "revolutionär" oder "systemsprengend", sondern nur dann, wenn sie von der Arbeiterklasse als Kampfforderungen ausdrücklich mit der Forderung nach dem Sturz der Bourgeoisie verbunden werden. (In solch einer Situation würde es dann nicht bei der Forderung nach Arbeiterkontrolle in der Produktion" bleiben, sondern vor allem würde dann die Forderung nach "Arbeiterkontrolle über den Staat" erhoben.)

Aber am grünen Tisch ausgedacht, verfallen alle solche Forderungen dem Schicksal, das W. Maier zurecht an zum Programm erhobenen taktischen Erwägungen kritisiert: "Die kommunistische Partei, die derartige taktische Erwägungen zur Grundlage ihrer Programmforderungen

macht, begibt sich in ein unehrliches Verhältnis zur Klasse (Hervorhebg. R. G.). Sie legt den Arbeitern eine bestimmte Forderung nahe, meint aber dabei etwas ganz anderes. Das hat zur Folge, dass die Partei, ist die Forderung wirklich erreicht, gegen etwas kämpfen muss, was sie eben noch propagiert hat." (KuK, Jg. 1, Nr. 1, S. 37)

Genau das muss zwangsläufig geschehen, wenn Kommunisten die Forderung nach "uneingeschränkter Volksherrschaft" stellen, damit aber eigentlich doch den Sturz des Kapitalismus" meinen. Damit kommen wir zum Charakter der demokratischen Forderungen, also zur Frage, ob sie überhaupt als Übergangsforderungen geeignet wären, wenn bereits heute die Machtfrage auf der Tagesordnung stünde.

Auf den ersten Blick fällt auf, dass die Forderungen völlig uneinheitlich sind und ganz willkürlich zusammengestellt erscheinen. Gleichberechtigt nebeneinander stehen Forderungen nach Rechenschaftspflicht aller Volksvertreter, Ersetzung von Polizei und Armee durch die allgemeine Volksbewaffnung und Forderungen nach Gleichberechtigung von Frauen und von Ausländern, nach vollständiger Trennung von Kirche und Staat oder nach der Abschaffung aller indirekten Steuern. Nirgends wird klar, wieso ausgerechnet diese Forderungen diejenigen sind, "in deren Verfolgung das Proletariat allein die politische Macht erobern kann." (KuK, Jg. 2, Nr. 2, S. 10)

Diese Willkür der Forderungen erklärt sich daraus, dass sie umstandslos aus historischen Programmen übernommen wurden, in denen der Kampf um die Demokratie einen notwendigen Stellenwert hatte. In Deutschland in der zweiten Hälfte des 19. Jh. wie in Russland vor 1917 wurde die demokratische Revolution nicht mehr wie in England und Frankreich von der Bourgeoisie getragen. Sie konnte nur noch vom Proletariat gegen den Adel u n d die Bourgeoisie zugleich durchgesetzt werden. Das musste jedoch bedeuten, dass der Kampf der Arbeiter nicht bei der Errichtung der Demokratie stehen bleiben würde, sondern unmittelbar in die vollständige Machtergreifung des Proletariats, die bürgerliche in die sozialistische Revolution übergehen würde. (Dies ist die Hauptthese der bereits von Marx entwickelten Theorie der "Revolution in Permanenz.") Im zaristischen Russland kam es also darauf an, den demokratischen Kampf um den Sturz des Zaren und die Herrschaft des Adels mit dem Sturz des Kapitalismus zu verbinden. In einem Land wie der BRD, in dem sich der Kapitalismus längst der "demokratischen Diktatur" bedient, stiften gesonderte demokratische Forderungen nur Verwirrung. Sie legen das Missverständnis nahe, auch hier müsse es eine Revolution in zwei Etappen, eine Februar- und die Oktoberrevolution geben; als ginge es in der ersten Phase um die Schaffung der "reinen Demokratie" und erst dann um den Sozialismus. Hier ist die Nähe zur Forderung nach "antimonopolistischer Demokratie", wie sie die DKP stellt, deutlich. Und tatsächlich grenzt Schmierer das "demokratische Programm" des KBW nicht prinzipiell von den Vorstellungen der DKP ab, sondern nur insofern, als die DKP "den Kampf um Demokratie auf einen Kampf für politische Reformen heruntergebracht" habe, während es dar-

auf ankomme, die demokratischen Forderungen "ohne Abstriche" "revolutionär" zu stellen. (KuK, Jg. 2, Nr. 2, S, 100)

Gerade in dem zuletzt zitierten Artikel von Schmierer wird ein Zwei-Phasen-Modell der sozialistischen Revolution entworfen, das sich von dem der DKP nur dadurch unterscheidet, dass der Weg übers Parlament ausgeschlossen ist. Auf den Einwand nämlich, warum die demokratischen Forderungen der westdeutschen Kommunisten nicht Enteignungsforderungen enthalten, entgegnet Schmierer, diese gehörten erst in eine spätere Etappe, nämlich die soziale Revolution. "Das Etappenziel in Westdeutschland ist nicht der Aufbau des Sozialismus, sondern die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat", (a.a.O. S, 102) Diese völlig schematische Trennung von politischer und sozialer Revolution leugnet die historische Erfahrung, dass bisher das Proletariat in allen revolutionären Situationen stets gleichzeitig eigene politische Machtorgane gebildet und der Bourgeoisie ihre ökonomische Macht durch Enteignung der Fabriken zu entreißen versucht hat. Im Unterschied zur bürgerlichen Revolution ist eben die proletarische Revolution zugleich eine soziale und eine politische Revolution, ist die proletarische Demokratie nur möglich auf der Basis der Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel durch das Proletariat. Dagegen erscheinen die demokratischen Forderungen des KBW, wie die (mittlerweile im KBW aufgegangene) Kommunistische Gruppe/Ffm,-Offenbach in ihrer Stellungnahme zum Programmentwurf richtig festgestellt hat "als ein merkwürdiger Zwitter - proletarische Demokratie bei fortbestehender bürgerlicher Diktatur." (NRF, 1/2 1973, S. 51)

Aufgrund dieses Zwei-Phasen-Modells - erst demokratische, dann soziale Revolution - erscheinen die Forderungen für die erste Phase "klassenlos". Keine einzige "demokratische Forderung" ist eine spezifische Forderung der Arbeiterklasse. Ausdrücklich erklärt Schmierer: "In bezug auf die Staatsangelegenheiten werden die Kommunisten niemals besondere Rechte für die Arbeiterklasse gegenüber anderen Teilen des Volkes fordern, weder vor noch nach der Eroberung der politischen Macht." (KuK, Jg. 2, Nr. 2, S. 103) Die gesondert formulierten Forderungen nach "Arbeiterrechten" beziehen sich dagegen nur insofern auf die "Staatsangelegenheiten", als die "Arbeiterrechte in gesetzlich garantierter Form erkämpft werden müssen, die sowohl die ganze Arbeiterklasse als auch die ganze Kapitalistenklasse bindet". (ebd.) Welche Klasse eigentlich in solch einem demokratischen Staat herrscht, in dem "die ganze Arbeiterklasse und die ganze Kapitalistenklasse" an die gleichen Gesetze gebunden sind, ist völlig schleierhaft. Und der Gipfel der Verwirrung wird erreicht, wenn Schmierer feststellt: "Unter der Herrschaft der Bourgeoisie mit ihrem vom Volk abgetrennten Unterdrückungsapparat im Dienste der ausbeutenden Minderheit richten sich die demokratischen Forderungen nach gleichen umfassenden Rechten "für jedermann" (also auch für die Kapitalisten) "notwendig gegen den bürgerlichen Staat." (ebd.) Das kann man doch wohl nur so verstehen, dass das demokratische Prinzip sich deshalb gegen die Bourgeoisie richtet, weil die Bourgeoisie in der Minderheit ist.

Die langjährige Geschichte bürgerlicher Demokratien mit formal gleichen Rechten für jedermann beweist das Gegenteil. Und auch die radikaleren Formulierungen des Prinzips der "gleichen Rechte für jedermann", wie sie in den demokratischen Forderungen zum Ausdruck kommen, sind nicht prinzipiell mit der Herrschaft des Kapitals unvereinbar, Denn diese beruht nur in zweiter Linie auf den bürgerlichen Gesetzen, in erster Linie auf der ökonomischen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel.

Das lässt sich auch an den demokratischen Forderungen im Einzelnen zeigen. Die Forderung nach Abschaffung der indirekten Steuern ist das krasseste Beispiel: sie betrifft lediglich die Finanzierungstechnik des bürgerlichen Staates, nicht dessen Inhalt. (vgl. die Kritik in KuK, Jg. 2, Nr. 2, S. 119-122). Aber auch radikalere Forderungen wie die nach Volksbewaffnung sind an sich nicht revolutionär. So hat in den letzten Wochen des 2. Weltkriegs die allgemeine Volksbewaffnung (Volkssturm) nicht die geringste revolutionäre Bedeutung gehabt. Im Gegenteil: Die "allgemeine Volksbewaffnung" - im Gegensatz zur Bewaffnung der Arbeiter kann sogar direkt konterrevolutionäre Konsequenzen haben, wenn man an die faschistischen Neigungen des Kleinbürgertums gerade in Situationen revolutionärer Zuspitzung denkt.

Nun haben die "demokratischen Forderungen" gleichzeitig die Aufgabe, "die Masse der werktätigen und ausgebeuteten Bevölkerung zu gewinnen" (Ergebnisse, S. 22). Diese Bündnisfrage wird - ebenfalls ähnlich wie bei der DKP - völlig überschätzt aufgrund der falschen Parallele zur russischen Revolution. Dort, in einem Land, wo das Proletariat in der Minderheit war, mussten die Revolutionäre etwa in der Bauernfrage Abstriche vom sozialistischen Programm machen und "Boden für alle Bauern" statt "Sozialisierung des Grundbesitzes" fordern. In dieser Weise sind in der BRD, einem hochindustrialisierten Land, Zugeständnisse an nicht-proletarische Schichten nicht notwendig. Sondern im Zentrum einer proletarischen Revolution in der BRD können und müssen Arbeiterforderungen stehen, die Forderung nach Arbeiterkontrolle in Fabrik und Staat. Erst auf dieser Grundlage kommen Überlegungen in Betracht, wie weit es auch in der BRD notwendig sein kann, Angehörige der alten und neuen Mittelklassen (etwa die Bauern) durch Zugeständnisse solange zu "neutralisieren", bis auch für ihr Bewusstsein die Vorteile des Arbeiterstaats (also z. B. einer sozialisierten Landwirtschaft) voll sichtbar werden.

Indem der KBW jedoch die demokratischen Forderungen vor die "Arbeiterforderungen" stellt, ist er offenbar prinzipiell bereit, von Forderungen der Arbeiterklasse zugunsten anderer Schichten des "Volkes" - etwa auch der nicht monopolistischen Bourgeoisie? - abzurücken.

Schliesslich legen die "demokratischen Forderungen" immer wieder das Missverständnis nahe, sie seien doch entgegen allen anderslautenden Erklärungen (vgl. etwa KuK Jg. 1, Nr. 1, S. 36) an den bürgerlichen Staat, vielleicht einen "demokratisch erneuerten", zu richten. Dies umso mehr, als ein halbwegs klärender Absatz zur Kritik des bürgerlichen Par-

lamentarismus aus dem ursprünglichen Programmentwurf nicht ins Programm übernommen wurde. Dort hatte es noch geheißen: *"Die Kommunisten wenden sich gegen alle parlamentarischen Vertretungskörperschaften, auch wenn sie diese als Tribüne des Klassenkampfes ausnutzen; sie wenden sich gegen jede bürokratische Verwaltung der Masseninteressen durch den Beamtenapparat .., Gegen alle die Betrugsprinzipien der bürgerlichen Demokratie setzen die Kommunisten das Prinzip der ungeteilten Volkssouveränität, das angesichts des Entwicklungsstandes der bürgerlichen Gesellschaft in Westdeutschland nur durch die Diktatur des Proletariats in der Form der sozialistischen Räterepublik verwirklicht werden kann."* (NRF 1-2/73). Die Streichung dieses Absatzes kann nur bedeuten, dass für den KBW die "uneingeschränkte Volksherrschaft" und die Diktatur des Proletariats zweierlei sind. Es bleibt dahingestellt, wie weit der KBW mit solch einem "klassenlosen" Demokratieverständnis an die radikaldemokratische Tradition der antiautoritären Bewegung anknüpft oder einfach das maoistische Konzept der "Neuen Demokratie" übernommen hat. In beiden Fällen jedenfalls beruft er sich zu Unrecht auf Lenin, für den auf der Grundlage einer entfalteten kapitalistischen Gesellschaft Demokratie nur in der Form der Diktatur des Proletariats eine revolutionäre Bedeutung hat: *"Von dieser kapitalistischen Demokratie ... führt die weitere Entwicklung nicht einfach, geradewegs und glatt zu immer größerer Demokratie, wie die liberalen Professoren und kleinbürgerliche Opportunisten die Sache darzustellen pflegen. Nein. Die weitere Entwicklung, d.h. die Entwicklung des Kommunismus, geht über die Diktatur des Proletariats."* *"Demokratie für die riesige Mehrheit des Volkes und **gewaltsame Niederhaltung der Ausbeuter**, der Unterdrücker des Volkes, d.h. ihr Ausschluss von der Demokratie - diese **Modifizierung** erfährt die Demokratie beim Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus."* (Staat und Revolution, Einzelausgabe, Berlin (DDR) 1967, S. 92 u. 93 - Hervorheb., R.G.) ²)

Nur unter der Voraussetzung eines klassenlosen demokratischen Staates geben auch die im KBW-Programm den "demokratischen Forderungen" nachgeordneten und damit untergeordneten "Arbeiterforderungen" einem Sinn. Angeblich soll durch solche Forderungen wie "Verbot der Akkordarbeit", "6 Wochen bezahlter Urlaub", "Herabsetzung des Rentenalters" der bürgerliche Staat entlarvt werden. Aber der bürgerliche Staat wird nicht entlarvt, indem man das Blaue vom Himmel herunter fordert, so wenig wie durch die Forderungen von DGB-Rednern am 1. Mai nach „Humanisierung der Arbeitswelt" die kapitalistische Ausbeutungsord-

² Wo Lenin die Einbeziehung des demokratischen Kampfes in die Politik der Kommunisten fordert, tut er das nie in dem Sinne, dass in allen Ländern eine "demokratische" Zwischenphase notwendig sei. Allerdings glaubte Lenin wie die Mehrheit der Bolschewiki bis 1917, unter den besonderem Bedingungen in Russland werde eine Revolution nicht über das Ziel einer "demokratischen Diktatur" der Arbeiter und Bauern hinausgehen. Diese würde, wenn auch nicht von der Bourgeoisie getragen, dem Inhalt nach eine bürgerliche Herrschaftsform darstellen. Anders als zunächst die Mehrheit der Bolschewiki und anders als die heutigen maoistischen Nachfolger, ließ sich Lenin jedoch durch die Entwicklung der russischen Revolution belehren und forderte im April 1917 den sofortigen Übergang von bürgerlich-demokratischen zur proletarisch-sozialistischen Revolution unter der Losung "Alle Macht den Sowjets". Im einzelnen ist diese Entwicklung der Leninschen Konzeption nachzulesen in Trotzki's "Permanente Revolution" und in Trotzki's kurzer Schrift "Drei Konzeptionen der russischen Revolution" (Anhang zu Trotzki, Stalin - eine Biographie, 2. Bd. Hamburg 1971).

nung entlarvt wird. Vielmehr verstärken auch die radikalsten Forderungen, solange sie an den bürgerlichen Staat gerichtet werden, nur die Illusion, dieser sei vielleicht doch "durch genügend Druck" zu Reformen zu zwingen. Es kommt überhaupt nicht darauf an, den bürgerlichen Staat durch Forderungen zu entlarven. Er wird sich selbst entlarven in dem Maße, wie er aufgrund seiner Krisentendenzen nicht mehr die Lebensbedürfnisse der Arbeiter befriedigen kann. Es kommt vielmehr darauf an, solche Forderungen aufzustellen, durch die die Kampfbereitschaft und damit die Organisierung und das Selbstvertrauen der Arbeiterklasse gestärkt wird, damit sie den Kapitalismus stürzen kann, wenn er sich "entlarvt" hat.

Zur Betriebs- und Gewerkschaftspolitik des KBW

Wir wollen abschließend zur Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit des KBW übergehen um zu zeigen, welche Konsequenzen hier das von ihm vertretene falsche Konzept des Parteaufbaus hat.

Wohl vor allem wegen der praktischen Konsequenzen hat es in der Frage der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit im KBW von Anfang an tiefgreifende politische Differenzen gegeben, die zentraler Inhalt der Diskussion auf der Gründungskonferenz des KBW waren. Die eine Position in dieser Kontroverse wurde von Delegierten des KB Bremen (Kommunistischer Bund Bremen) vertreten, die andere vor allem von Vertretern der Kommunistischen Gruppe Neues Rotes Forum (KG/NRF) in Heidelberg.

Die "Thesen zur Taktik der westdeutschen Kommunisten", die die Bremer Genossen Kühl und Maier vorlegten (Beilage zur "Wahrheit" Nr. 5/5, 731 hatten sich zum Ziel gesetzt, eine realistische Analyse der Perspektiven der Arbeiterbewegung und der Möglichkeiten revolutionärer Betriebs- und Gewerkschaftspolitik zu liefern. Die spontanen Streikbewegungen der Arbeiterklasse der BRD nach 1969 werden - nach unserer Auffassung richtig - als **Verteidigungskämpfe** der Arbeiterklasse gegen den wachsenden Druck des Kapitals auf die Reallöhne charakterisiert. In genauem Gegensatz zu der - noch näher zu beschreibenden Heidelberger Position - warnen sie: *"Nun wäre es falsch, aus diesem unverkennbaren Aufschwung der Arbeiterkämpfe den Schluss zu ziehen, die westdeutsche Arbeiterklasse habe sich aus den Fesseln **bürgerlicher Politik** schon gelöst oder sei dabei, es auf breiter Front zu tun."* (S.5) Die Genossen verweisen auf das Ergebnis der Bundestagswahl 1972, bei der es der SPD gelungen sei, eine breite Mobilisierung der Arbeiter für sich in Gang zu bringen, wenn auch die Intensität der Bindung der Arbeiterklasse an die SPD abgenommen habe. Aus dieser Einschätzung folgern die Genossen, dass der Gewerkschaftsarbeit die zentrale Bedeutung für eine kommunistische Arbeiterpolitik zukomme: Dort, wo sich gegenwärtig die Hauptkonfrontation zwischen der Arbeiterklasse und dem Kapital und seinem Staat abspiele, in den Lohnkämpfen, gelte es, die Politik der Regierung und der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer zu entlarven und ihre Rolle als Hindernis für eine konsequente Interessenvertretung der Arbeiterklasse aufzuzeigen. *"Nun erschöpft sich die Aufgabe der kommunistischen Zellen im Betrieb keineswegs im Kampf gegen die sozialdemokra-*

*tische Politik der Klassenversöhnung in den Gewerkschaften, wie er auf der Grundlage des wirtschaftlichen Kampfes der Arbeiter geführt wird, sondern umfasst auch heute schon unmittelbar politische Aufgaben, z.B. die Unterstützung einer Vietnam-Kampagne. Wir müssen aber festhalten, dass heute die **wesentlichen** Aufgaben der Betriebszellen im **Massenkampf** darin liegen, die Erfahrungen der Arbeiter im wirtschaftlichen Kampf gegen die Kapitalisten zusammenzufassen und gegen die Politik der Klassenzusammenarbeit den Kampf der Arbeiter um die Gewerkschaften anzuleiten." (S.9) Dementsprechend müsse der Schwerpunkt der Arbeit der Betriebszellen auf der ökonomischen Agitation und Propaganda liegen; die Agitation zu politischen Themen dürfe zwar nicht fehlen, für eine umfangreichere politische Massenagitation fehlten jedoch die Voraussetzungen. Das politische Auftreten der Kommunisten habe vielmehr in erster Linie das Ziel, einzelne fortgeschrittene Arbeiter zu gewinnen, zu organisieren und zu Propagandisten des Kommunismus zu schulen.*

Die Kritik an den Kühl-Maier-Thesen innerhalb und außerhalb des KBW (vgl. dazu die Kritik des KB in "Zur Politik des KBW (NRF)" : Taktisches Wirrwarr: Zur Politik des Zirkelblocks (KBW) 2.Teil, S. 22f.) hat den Verfassern einen opportunistischen Rückzug vor den Aufgaben politischer Agitation und Propaganda in der Arbeiterklasse vorgeworfen. Diese Kritik trifft unserer Ansicht nach nicht den Kern des Problems, wie auch die Genossen Kühl und Maier das Problem nicht richtig stellen. Zwar ist es richtig, dass die "**Einbeziehung der Arbeitermassen**" (Hervorh. von uns) in den demokratischen Kampf, d.h. politischen Kampf nur dort geschehen kann, "**wo die Arbeitermassen in wie begrenzter Form auch immer einen demokratischen Kampf schon führen.**" (Thesen S. 12) Trotzdem kann die revolutionäre Linke heute nicht darauf verzichten, politische Themen, die heute nur eine geringe Resonanz in den Betrieben finden, in ihren Betriebszeitungen **propagandistisch** aufzugreifen.

Abgesehen davon, dass sie hier bei den Genossen Kühl und Maier einige missverständliche Formulierungen finden, halten wir ihre Thesen jedoch für eine in den Grundzügen richtige Bestimmung der Aufgaben und Möglichkeiten heutiger revolutionärer Gewerkschaftspolitik. Sie geht einerseits von einer realistischen Einschätzung des gegenwärtigen Standes der Arbeiterbewegung aus und hat andererseits eine klare Stoßrichtung gegen Sozialdemokratie und die DKP.

Die Gründungskonferenz des KBW war andere Meinung: Die Position von Kühl/Maier wurde mit 21 gegen 13 Stimmen verworfen. In der schließlich verabschiedeten Resolution ("Die Entwicklung des Klassenkampfes und die Aufgaben der westdeutschen Kommunisten", Ergebnisse der Gründungskonferenz, S. 21 f :) setzte sich die Gegenposition von J. Schmierer durch, der auch zum Sekretär des KBW gewählt wurde.

J. Schmierer hat seine Kritik in einem Beitrag in der theoretischen Zeitschrift des KBW ("Kommunismus und Klassenkampf" Nr. 1, S. 5) ausgeführt. Er wendet sich gegen die Charakterisierung der spontanen Streiks als Defensivkämpfe und sieht in ihnen ein revolutionäres Potential: "*Der*

beginnende Aufschwung der Arbeiterklasse, der sich in diesem Jahr schon in einer weitverzweigten Streikbewegung Ausdruck verschafft hat, ist objektiv von Anfang an gegen die Grundlagen der gegenwärtigen Herrschaftsverhältnisse der Bourgeoisie gerichtet. Die Arbeitermassen greifen an. Sie wissen es noch nicht, aber sie tun es. Sie lassen die vergangenen Niederlagen Niederlagen sein und beginnen mit dem stummen Zwang der Verhältnisse zu brechen, der durch ihre Niederlagen aufs Neue etabliert worden ist.“ (KuK Nr. 1., S. 11)

Diese Einschätzung bewegt Schmierer dazu, die auf der Gründungskonferenz verabschiedete Resolution zu den spontanen Streiks als noch zu halbherzig zu kritisieren. Sie grenze sich zwar von dem "Rechtsopportunisten" der Kühl/Maier-Thesen ab und enthalte "nichts Falsches", arbeite aber *"die Hauptseite der selbständigen Streiks nicht heraus: die selbständigen Streiks werden nicht als Schritt zur **Herausbildung einer** revolutionären **Massenstreikbewegung** betrachtet"*. (Hervorhbg, von uns) (Politischer Bericht des Sekretärs in: Dokumente des ZK S. 14)

Dies alles ist von bemerkenswerter Ungenauigkeit. Wogegen rebellieren die streikenden Arbeiter? Gegen Verhältnisse! Gegen die Stillhaltepolitik der Gewerkschaftsführung oder dagegen, dass die Kämpfe von der Gewerkschaftsführung im Rahmen des Kapitalismus gehalten werden (Reformismus)? Das ist deshalb ein Riesenunterschied, weil dem Proletariat und der Gewerkschaftsführung im ersten Fall noch, ein sehr großer Spielraum für gewerkschaftliche Kämpfe im Rahmen des Kapitalismus zur Verfügung steht! Welchen Schritt zur Herausbildung einer revolutionären Massenstreikbewegung unternimmt die Arbeiterbewegung mit den selbständigen Streiks? Den ersten, zweiten oder vorletzten? Darüber lässt der Sekretär seine Genossen im unklaren. Es bleibt ihm auch gar nichts anderes übrig. Denn was er beweisen will, nämlich dass diese Arbeiterbewegung jetzt und hier den Reformismus zu überwinden, den Schritt zur revolutionären Massenbewegung zu tun im Begriff ist, lässt sich mit Tatsachen nicht beweisen. Deshalb greift er zu einem eigentümlichen Mittel der "Beweisführung" : dem Vorwurf des Rechtsopportunisten. Ja, man kann sogar sagen: gäbe es den Vorwurf des Rechtsopportunisten nicht, so wüsste man gar nicht, worauf J.S. mit seinen vagen Bemerkungen über "Verhältnisse" und "Schritte" hinauswill. Erst durch diesen Vorwurf wird klar, was er sagen will, aber nicht beweisen kann: dass wir unmittelbar vor der revolutionären Massenbewegung stehen und dies die Taktik des KBW in den Gewerkschaften zu bestimmen habe.

Damit wiederholt J. S. die gleichen Fehler, die er 1969 im SDS Heidelberg gemacht hat. Das Wiederaufleben des kämpferischen gewerkschaftlichen Bewusstseins der Arbeiterklasse in der BRD wird als latent revolutionär bestimmt. Damals sagte der SDS Heidelberg zu den Septemberstreiks: *"Das sozialdemokratische (nach Ansicht der Genossen: gleich "ökonomische") Bewusstsein der Arbeiter ist gegen das Kapital, gegen die Gewerkschaften und gegen die SPD politisch geworden, weil diese sich zunehmend in ihre eigenen Widersprüche verstrickt haben. Indem es so praktisch geworden ist, hat es aufgehört, sozialdemokratisch zu sein."* (Rote Kommentare" SDS Heidelberg, 23.9.69). Wie damals sieht J.S. heute in den spontanen Streiks

den Anfang einer revolutionären Massenstreikbewegung. Allerdings gelingt ihm das nur durch einen Taschenspielertrick: Indem er sich kurzerhand über das Bewusstsein der streikenden Arbeiter selbst hinwegsetzt und den Widerspruch, in dem die Arbeiterklasse sich objektiv, ihrem Begriff nach zur Bourgeoisie befindet, verwechselt mit dem Bewusstsein von diesem Gegensatz selbst innerhalb der Arbeiterklasse. Würde *man* der Logik des Arguments von J.S. konsequent folgen, so müsste man *schon* in jedem Unmut über schlechtes Kantinenessen den Anfang zur Revolution sehen: *"Die Arbeiter wissen es zwar noch nicht, aber sie tun es."* Aus dem Begriff des Proletariats als revolutionärer Klasse allein lässt sich aber noch keine revolutionäre, marxistische Politik entwickeln. Revolutionäre Politik besteht vielmehr in der Verbindung dieser Begriffe und Prinzipien mit dem Bewusstsein der Arbeiter, mit den realen Erfahrungen, die sie in ihren Kämpfen 'machen.

Hatte der extreme Voluntarismus der maoistischen Parteiproklamatoren darin bestanden, dass sie dem Stand der Klassenkämpfe, der Entwicklung der Arbeiterbewegung hin zum Sozialismus keinerlei Bedeutung beimaßen, so erweist sich der KBW keineswegs als weniger voluntaristisch.

Der Voluntarismus des KBW kommt allerdings weniger offen, sondern indirekt, durch die Hintertür der Bestimmung des Standes der Klassenkämpfe. Die Funktion dieser völlig willkürlichen Bestimmung des Standes der Klassenauseinandersetzungen besteht darin, die Voraussetzungen für den Parteaufbau, wenn schon nicht in der Realität, dann wenigstens in den Stellungnahmen des ZK zu schaffen. Damit wird aber das tatsächliche Problem, vor dem die revolutionäre Linke in den Betrieben heute steht, nämlich: Wie kann der Einfluss der Soziaidemokratie in den Gewerkschaften gebrochen werden, wie ist eine Verankerung der Revolutionäre in der Arbeiterklasse möglich? - nicht gelöst, sondern verdrängt. Das hat Konsequenzen für das praktische Auftreten der KBW-Genossen in den heutigen Klassenkämpfen. Wir wollen versuchen, diese Konsequenzen anhand einiger Beispiele aufzuzeigen.

In der Vorbereitung zur Tarifaueinandersetzung im Metallbereich und im Öffentlichen Dienst gab ein Artikel der "Kommunistischen Volkszeitung" (KVZ vom 9.1.74) folgende Einschätzung: *"Für die gegenwärtige Tarifaueinandersetzung gilt, dass in den Verhandlungen selbst nicht viel herauskommen kann. Dazu müsste sich die Gewerkschaftsführung gegen die Kapitalisten und die Regierung stellen, und das wird sie ernsthaft in keiner Weise tun. Die Arbeiter und Angestellten müssen sich so oder so, auf selbständige Kämpfe im Verlauf dieses Jahres einstellen, wenn sie nicht eine wesentliche Verschlechterung ihrer Lage hinnehmen, wollen. In den gegenwärtigen Tarifaueinandersetzungen kommt es vor allem darauf an, die Ausgangsposition für diese selbständigen Kämpfe zu verbessern und dort, wo dies möglich ist, diese selbständigen Kämpfe schon im Rahmen der Tarifaueinandersetzung einzuleiten."*

Was ist ein selbständiger Kampf? Ein selbständiger Kampf ist ein Kampf auf der Grundlage von demokratisch festgelegten Forderungen. (nicht in Prozenten, sondern in Mark und Pfennig für alle gleich), in dem die Arbei-

ter die Führung in der Hand halten, ein Kampf, über dessen Anfang und Ende die Arbeiter selbst entscheiden."

Die Haltung, die der KBW hier einnimmt, unterscheidet sich von der Position, die noch die Gründungskonferenz im Juni 1973 in ihren Resolutionen vertreten hatten. Hier heißt es: *"Zugleich müssen die selbständigen Streiks unbedingt verbunden werden mit dem Kampf um die Gewerkschaften und dem Tarifkampf, indem versucht wird, die Gewerkschaften zur faktischen Anerkennung dieser Streiks (materielle und rechtliche Unterstützung der Streikenden) zu zwingen und vor allem zur vorzeitigen Kündigung der Tarifverträge und Verkürzung ihrer Laufzeiten."* (Ergebnisse der Gründungskonferenz S. 28)

Im Sommer 1973, als die selbständigen Streiks auf betrieblicher Ebene gegen die Gewerkschaftsführung und an ihr vorbei wirklich das einzige realistische Mittel für die Arbeiter waren, um Lohnverbesserungen herauszuholen - in einer solchen Situation fordert der KBW die vorzeitige Kündigung der Tarifverträge. Er fordert also **die Gewerkschaftsführung** auf, die Führung des Lohnkampfes zu übernehmen. In der damaligen Situation konnte es nichts Falscheres geben als gerade das (wir müssen selbstkritisch bemerken, dass auch wir damals diese falsche Forderung zeitweilig vertreten haben). Denn die Forderung nach Wiederaufnahme der Tarifverhandlungen wurde damals insbesondere von den "linken" Gewerkschaftsbürokraten und zeitweilig, wenn auch in verklausulierter Form, von Loderer selbst aufgegriffen, gerade **um** die spontanen Streiks abzublocken, um alle Erwartungen auf das Handeln der Bürokratie zu lenken und ihr dadurch die Kontrolle über die Bewegung zurückzugeben. Wenn damals Gruppen der revolutionären Linken in diesen Chor "Neueröffnung der Tarifrunde" einstimmten, so arbeiteten sie damit ohne es zu wollen der Lohnstopppolitik der Gewerkschaftsbürokratie in die Hände und fielen der spontanen Streikbewegung in den Rücken. Diesen Fehler mag der KBW im nachhinein erkannt haben, aber nur, um in das andere, mindestens ebenso falsche Extrem zu verfallen. Anfang Januar war die Führung der ÖTV - im Gegensatz zu ihrer Haltung im Sommer und Herbst, als sie alles Erdenkliche tat, um die spontanen Streiks abzuwürgen - **tatsächlich** im Begriff, einen Streik um die gewerkschaftliche Forderung von 15%, mindestens 185 DM + 300 DM Urlaubsgeld zu organisieren und die Mitglieder dafür zu mobilisieren. Sie tat das nicht aus eigenem Entschluss, sondern sah sich dazu gezwungen, um ihre seit dem Herbst angeschlagene Vertrauensbasis unter den Mitgliedern nicht noch weiter zu gefährden. Anstatt nun die Mobilisierung für den **allgemeinen Streik mit allen Kräften** zu unterstützen und die **Halbheit**, den **bürokratischen** Charakter der Mobilisierung durch die Gewerkschaftsführung zu kritisieren, erklärt der KBW nun: *"Für die gegenwärtige Tarifauseinandersetzung gilt, dass jeden Verhandlungen selbst nicht viel herauskommen kann"* und fordert zu "selbständigen Streiks" auf. Das kann man nicht anders verstehen als: Lasst die Tarifverhandlungen links liegen, stellt eure eigenen Forderungen auf und streikt an der Gewerkschaft vorbei. Die allgemeinen Tarifverhandlungen kommen nur insoweit

in Betracht, als sie günstige Rahmenbedingungen für die Entfaltung der "selbständigen Streiks" schaffen, nicht als Ziel der Mobilisierung selbst.

Hier macht der KBW die Rechnung ohne den Wirt. Die Forderung nach selbständigen Streiks während der Tarifrunde wäre richtig, wenn sie einen Adressaten hätte, wenn es innerhalb der Gewerkschaften eine starke und überregional koordinierte Oppositionsbewegung gäbe, die imstande wäre, diese selbständigen Streiks zu organisieren und so die sozialpartnerschaftliche Tarifpolitik der Gewerkschaftsführung zu durchkreuzen. Unter solchen Voraussetzungen wäre die Forderung nach selbständigen Streiks gleichbedeutend damit, den Kampf um die Führung der Gewerkschaften selbst aufzunehmen. Aber diese Voraussetzungen existieren bis heute nicht. Die gewerkschaftliche Opposition ist schwach, lokal zersplittert und trat in der Vorbereitung zur Tarifrunde kaum in Erscheinung. Wenn der KBW jetzt trotzdem "selbständige Streiks" fordert, so ist das keineswegs eine Parole, die zur Mobilisierung und zur Entfaltung der Kämpfe beitragen kann. Im Gegenteil: Sie kann in der gegebenen Situation nicht anders als spalterisch und demobilisierend wirken. Noch im Sommer hatte der KBW erklärt: *"Deshalb müssen die Kommunisten den Kampf um die Mitgliedermassen mit dem Kampf um die Gewerkschaften verbinden und den Kampf für die Eroberung der gewerkschaftlich organisierten Massen als Kampf für die Eroberung der Gewerkschaften führen... Der Kommunistische Bund Westdeutschlands verbindet deshalb den schonungslosen Kampf gegen die Reformisten und ihre gefährlichen revisionistischen Anhängsel mit dem Kampf gegen **alle Versuche**, die fortgeschrittenen Arbeiter in die Sackgasse der RGO-Politik zu führen."* (Ergebnisse S. 36) Was tut der KBW mit seiner Aufforderung, statt der Tarifikämpfe den "selbständigen Kampf" zu führen anderes als der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung in der Tarifrunde das Feld zu überlassen und gerade den Kampf um die Gewerkschaften **nicht** zu führen? Was tut er anderes als eine faktische RGO-Politik, wenn das auch nicht offen eingestanden wird? Vom rechten Opportunismus, der in seiner Forderung "Neueröffnung der Tarifrunde" im Sommer zum Ausdruck kam, verfällt er in linken Radikalismus.

Die Fehler des KBW werden nicht dadurch geringer, wenn er es im weiteren Verlauf der Tarifrunde nicht wagte, diese uneingestandene RGO-Politik offen und konsequent zu propagieren. Um nicht völlig in die sektiererische Sackgasse zu geraten, verzichtete er darauf, eigene Festbetrags-Forderungen aufzustellen und übernahm einen Teil der gewerkschaftlichen Forderung ("mindestens 185 DM"). Dazu wurde erklärt, daß diese Forderung zwar von der Gewerkschaftsführung vertreten wurde, in Wirklichkeit aber "der Taktik der Gewerkschaftsführung entgegengesetzt" sei, *"denn sie läßt es nicht zu, den einen Teil der Gewerkschaftsmitglieder gegen den anderen auszuspielen, sie ist klar und einfach, und jeder weiß, was sie bedeutet."* (J.S, in: KVZ v. 6.2.74). So gelang es, den Mythos von dem qualitativ anderen Charakter der Festbeträge gegenüber prozentualen Forderungen dennoch unterzubringen - mit einem Schönheitsfehler allerdings: Die ohnehin viel zu niedrige Gesamtforderung wurde noch weiter reduziert I

Von diesem Standpunkt aus hätte der KBW das schließlich erzielte Ergebnis (11%, mindestens 170 DM) eigentlich als einen nahezu vollen Erfolg feiern müssen. Die Festbetragforderung war ja bis auf einen winzigen Rest durchgesetzt! Wenn er trotzdem die ÖTV-Mitglieder auffordernd, das Ergebnis abzulehnen, so lag das jedenfalls nicht in der Konsequenz seiner ursprünglich vertretenen Position.

Wir wollen im folgenden an einem Beispiel zeigen, wie diese Politik des KBW in der vergangenen Tarifrunde konkret aussah. Wir betrachten einen Betrieb des Gesundheitswesens in einer Großstadt mit etwa 3.500 Beschäftigten, der für Krankenhäuser üblichen Beschäftigtenstruktur, einem gewerkschaftlichen Organisationsgrad von ca. 15%. Noch vor einem Jahr lag die gewerkschaftliche Organisation bei 10%. Die Zunahme ist den Aktivitäten einer gewerkschaftlichen Betriebsgruppe zu verdanken. Diese ging vor einem Jahr aus Teilen einer hauptsächlich studentischen Gruppe hervor, die mit ihrer auf Basismobilisierung außerhalb der Gewerkschaft gerichteten Politik in eine Sackgasse geraten war. Die gewerkschaftliche Betriebsgruppe erreichte, dass der Betrieb trotz des geringen Organisationsgrades eine Rolle in den Kämpfen um Teuerungszulagen im Herbst 1973 spielte, weil es ihr gelang, Teile der noch nicht organisierten Kollegen in diese Auseinandersetzungen zu verwickeln; sie erreichte ferner eine breite Diskussion der gewerkschaftlichen Tarifpolitik in der Tarifrunde Anfang 1974, Die Minorität der Lohnabhängigen, die nach dem Exodus der Studenten und Akademiker die Betriebsgruppe gründete und heute den Kern der Betriebsgruppe ausmacht, geht in ihrem gewerkschaftlichen Selbstverständnis über einen bloßen Trade-Unionismus hinaus. Es geht ihr weniger um die Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen an sich als um die Erfahrungen, die die Kollegen in diesen Kämpfen sammeln. Sind Gewerkschaften insofern Schulen des Kommunismus als sie die Lohnabhängigen zur Klasse organisieren und durch die gewerkschaftliche "Sysiphusarbeit" auf die Grenzen des Trade-Unionismus stoßen, so erteilt die Betriebsgruppe gewissermaßen die Anfangslektion, indem sie - ganz realistisch - zunächst einmal die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Solidarität und die Notwendigkeit des Kampfes zu vermitteln sucht.

In der Vorbereitung der Tarifauseinandersetzungen 1974 tritt der KBW im Betrieb mit einer Betriebszeitung und in der Betriebsgruppe in Erscheinung. Die beiden KBW-Genossen - ein Ersatzdienstleistender und ein Genosse in der Ausbildung - treten zunächst als Aufbauzelle, später als Betriebszelle des KBW auf. Nicht zuletzt unter ihrem Einfluss stellt die Betriebsgruppe ihre Forderungen für die Tarifrunde auf: einen Festbetrag von insgesamt mehr als 300 DM, der aus mehreren Elementen zusammengesetzt ist, darunter auch die Teuerungszulage, um die im letzten Herbst vergeblich gekämpft wurde. Nachdem die Große Tarifkommission die Forderung 15%, mindestens 185 DM aufgestellt hat, bringt der KBW in der Betriebsgruppe eine Resolution durch, in der es heisst: *"Wir bestehen weiter auf unseren Forderungen. Wir fordern, dass mindestens unsere beschlossenen Festbeträge durchgesetzt werden."* (Es folgt die Forderung im Detail)

Wir brauchen hier nicht darüber zu diskutieren, wie die ÖTV-Forderungen zustande kamen: die Interventionen Klunckers, das Verhalten vieler Kreis- und Bezirksverwaltungen, die einer demokratischen Willensbildung Hindernisse in den Weg gelegt haben, schließlich das Verhalten der Mitglieder der Großen Tarifkommission, die sich über die Beschlüsse ihrer Bezirke hinweggesetzt haben. Es geht hier um eine andere Frage, nämlich ob und wie in dieser Situation gegen den Lohnstop-Kurs des ÖTV-Vorstandes opponiert werden kann. Die gewerkschaftspolitische Tragweite der Resolution bleibt - was sich im Fortgang der Ereignisse zeigt - der Mehrheit der Betriebsgruppe verborgen. Die Resolution liefert einen ausgezeichneten Vorwand für die Gewerkschaftsführung, die Gruppe zu spalten, denn sie lässt sich leicht als Bruch der gewerkschaftlichen Solidarität darstellen nach dem Motto: wozu brauchen wir denn überhaupt eine Gewerkschaft, wenn jeder Betrieb glaubt, seine Forderungen aufstellen und durchsetzen zu können. Obwohl sich dieser Resolution keine anderen Betriebe anschließen, hat die Betriebsgruppe insofern Glück, als bei der Verabschiedung ein neuer und relativ unerfahrener Sekretär anwesend war, der dieser Resolution nicht widersprochen hat. Der Kreisvorstand lässt allein deswegen den Plan, gegen die Betriebsgruppe vorzugehen, wieder fallen.

Die Gefahr, der Gewerkschaftsführung einen billigen Vorwand zu liefern, ist nicht das einzige Problem der Resolution. Indem sie auf der eigenen Forderung beharrt, setzt sie die allgemeine Einsicht in den veräterischen Charakter der Gewerkschaftsführung voraus. Diese Einsicht überwiegt aber nicht einmal in der Betriebsgruppe, geschweige denn unter den übrigen Gewerkschaftern des Betriebs. Dies erweist sich, als die ÖTV-Führung - entgegen der Einschätzung der KBW-Vertreter - den Streik vorbereitet. Es gelingt nur mit Mühe, die Mehrheit der Betriebsgruppe zu überzeugen, dass eine Kritik an Form und Höhe der Forderung den Kampf für die gewerkschaftliche Forderung nicht ausschließt, dass es vielmehr um einen kompromisslosen gewerkschaftlichen Kampf geht, weil keine Abstriche mehr gemacht werden können, die gewerkschaftliche Forderung nur als Mindestforderung angesehen werden kann. Der KBW kann es sich auch in dieser Situation nicht verkneifen, der vertrauensvollen Anlehnung der Betriebsgruppe an die offizielle Gewerkschaftspolitik noch einen linksradikalen Schnörkel zu verleihen. Diesmal ist das Resultat allerdings weniger gefährlich als komisch. Unter dem Einfluss seiner Propaganda für Festbeträge und seiner Ablehnung von Prozentforderungen als spalterisch schließt sich die Betriebsgruppe nicht hinter der Lohnforderung der ÖTV - 15%, mindestens 185 DM - zusammen, sondern nur hinter der Forderung nach 185 DM. Die Betriebsgruppe hat erfahren müssen, dass sie nicht an ihrer ursprünglichen Forderung festhalten kann. Nun werden durch Übernahme der Mindestforderung der ÖTV und Zurückweisung der Prozentforderungen Festbeträge an sich verteidigt. Hier verdunkelt der Mythos der Festbeträge den KBW-Genossen vollends den Blick, denn er führt zur Senkung der Forderung. Ab einem Brutto-Monatslohn von 1.230 DM sind 15% mehr als 185 DM, und die Mehrzahl der Beschäftigten des Betriebs liegt über dieser Grenze.

Wir haben hier bestimmte Abschnitte der Arbeit der Betriebsgruppe so ausführlich behandelt, weil hier der KBW die "Führung" der Betriebsgruppe innehatte. Dies ist an sich nicht von besonderem Belang. Wichtig aber wird der Charakter dieser Führung angesichts der praktischen Schlüsse, die die Betriebszelle des KBW aus dieser Führung zieht. Der KBW hat seine "**besonderen**" **Forderungen** zunächst nach Beibehaltung der ursprünglichen Kampfziele, sodann nach Festbeträgen an sich auf der Grundlage der gewerkschaftspolitischen Unerfahrenheit und der Unklarheit über die Konsequenzen in der Betriebsgruppe **untergebracht**. Sie waren nicht der konsequente Ausdruck des Bewusstseins und der Erfahrung der Kollegen, insofern überschätzen die KBW-Genossen ganz beträchtlich ihre Rolle. Aber nicht nur das: Die KBW - Betriebszelle ist offenbar der Auffassung, dass die gewerkschaftliche Betriebsgruppe unter der Führung des KBW kommunistische Forderungen vertreten habe, sich zum Kommunismus bekannt habe, und dass es an der Zeit sei, dass die Betriebsgruppe dies auch erkennt. Das geschieht folgendermaßen: Die Betriebsgruppe beschließt, eine Betriebszeitung herauszugeben und legt auf einer Sitzung die Artikel der ersten Nummer fest. Drei Tage später erscheint die Betriebszeitung des KBW mit eben diesen Artikeln, angereichert durch nachgedruckte Artikel aus der KVZ über den § 218 und Missstände in einem Heidelberger Krankenhaus sowie einem Beitrag über Postenschieberei in einem Landesministerium. Die Kollegen werden aufgefordert, sich mit Informationen über Missstände im Betrieb an die Betriebszelle des KBW zu wenden. Auf dieses Vorgehen angesprochen, rechtfertigen sich die KBW-Genossen mit zwei Argumenten: 1. Der Artikel und die darin aufgestellten Forderungen sind auch nach Auffassung der Betriebsgruppe richtig; es kann also nicht falsch sein, sie zu veröffentlichen.

2. Es handelt sich bei diesen Forderungen um Forderungen, die von Kommunisten vertreten werden und nur von Kommunisten konsequent vertreten werden können. Dies gilt es den Kollegen klarzumachen, indem man offen und ehrlich diese Forderungen als kommunistische Forderungen bezeichnet.

Das ist der pure Ultimatismus gegenüber dem Kollegen, der zwar für den Kampf um Urlaubsgeld, für die beschleunigte Besetzung freier Stellen, gegen Rationalisierungsmaßnahmen und gegen überhöhte Preise in der Milchbar (dies die Gegenstände der Artikel, die für die gewerkschaftliche Betriebszeitung geplant waren und vom KBW publiziert wurden), nicht aber für die Diktatur des Proletariats oder die Volksdemokratie des KBW eintritt.

Dieser Vorstoß der Betriebszelle des KBW hat kein anderes Resultat, als dass er für die gewerkschaftliche Betriebsgruppe die Gefahr heraufbeschwört, alle jene Gewerkschafter, die in den letzten Monaten gewonnen wurden, zurückzustoßen.

Wir haben an diesem Beispiel zu zeigen versucht, wie der KBW den Gewerkschaftsmitgliedern "selbständige" Forderungen unterzujubeln versucht, um sich selbst als ihre wahre Führung präsentieren zu können. Wir

wollen an einem weiteren Beispiel zeigen, wie sich dieser falsche Führungsanspruch dort auswirkt, wo die Arbeiter wirklich "selbständige" Streiks führen - ohne das zu wollen, was die KBW-Genossen mit ihrem Begriff der "selbständigen Streiks" verbinden, nämlich den revolutionären Massenstreik, sondern lediglich mit dem Ziel: mehr Lohn. Wir drucken dazu hier noch einmal einen Artikel der Kölner Gruppe "Arbeiterkampf" vom März 1974 ab, den ein SAG-Genosse in Absprache mit den Verfassern leicht modifiziert hat.

"Es ist die Aufgabe der Kommunisten, diese (selbständigen) Kämpfe voranzutreiben und einzuleiten und in vorderster Front an diesen Kämpfen teilzunehmen. Diese Kämpfe sind aufgrund ihrer Zersplitterung und der fehlenden Unterstützung durch die Gewerkschaften besonders schwierig zum Erfolg zu führen und enthalten hohe Risiken für die Belegschaft und für die kommunistischen Zellen, die in diesen Kämpfen führend hervortreten." (Ergebnisse der Gründungskonferenz des KBW, S. 57/58)

Wie sieht es nun in der Praxis aus, wenn KBW-Kommunisten "in vorderster Front" an diesen Kämpfen teilnehmen, und wie versuchen sie, die *"hohen Risiken für die Belegschaft und für die kommunistischen Zellen"* herabzumindern?

Für den 19. Februar hatten die Kollegen der **Firma F & G (Felten und Guillaume)** für 9 Uhr einen inoffiziellen Warnstreik angesetzt. Um 6 Uhr (!) bringt die Ortsgruppe Köln des KBW vor den Werkstoren das Flugblatt heraus "Heute Warnstreik"

Es wurde nicht gestreikt.

Am 20. Februar brachte der KBW das Flugblatt heraus "Wer hat den Warnstreik verhindert?"

Einige Verteiler des Flugblattes wurden von Arbeitern verprügelt, und die Flugblätter wurden ihnen abgenommen.

Felten & Guillaume ist eine Kabelfabrik in Köln mit etwa 4.000 Beschäftigten. Keine Bänder, keine Maschinenstraßen, sondern Einzelmaschinen und eine Anzahl voneinander getrennter Hallen: Wenn es losgeht, muss praktisch jeder Mann einzeln geholt werden.

Die Streikbereitschaft für einen hohen Tarifabschluss war nicht von "Gewerkschaftsgrößen" (KBW) des Betriebes, sondern von aktiven Kollegen organisiert worden. Nach Erwartung und Stimmung in der Belegschaft wäre es auch kein "Ministreik" (KBW) geworden, bei dem wir "mal ne halbe Stunde die Pause überziehen" (KBW), sondern nach Umfang und Qualität war diesmal von der Belegschaft eine größere Aktion zu erwarten. Hier hat der KBW schon zwei goldene Regeln missachtet:

1. Wenn ich die Situation in einem Betrieb nicht genau kenne, dann halte ich mich mit guten Ratschlägen, wann und wofür gekämpft werden soll, gefälligst zurück.

2. Ein Flugblatt kann keinen Streik organisieren, eine Führung von außen wird von den Kollegen nicht akzeptiert, dies muss den Kräften im Betrieb überlassen bleiben.

§.

Noch wichtiger ist: Wenn ich einen nicht-offiziellen Streik **ankündige**, schwäche ich die ohnehin Schwachen noch mehr und stärke die Gegenseite. Ein nicht-offizieller Streik muss überraschend kommen. Das Argument, die Gegenseite wüsste sowieso über alles bescheid, ist lächerlich und zeugt von völliger Unkenntnis der Betriebssituation. Selbstverständlich wissen die Geschäftsleitung und ihre Handlanger, dass irgendwann und irgendwo um die Tarifverhandlungen herum mit ziemlicher Sicherheit gestreikt wird. Der größte Schutz in solchen Situationen ist für die Belegschaft die eigene Gerüchteküche. Fast täglich wird in irgendeiner Abteilung erzählt: Heute wird gestreikt, oder morgen wird gestreikt, oder da und dort haben sie sogar schon angefangen. Die Vorgesetzten kennen das und regen sich nicht besonders darüber auf. Wenn jedoch eine Gruppe, die regelmäßig eine Betriebszeitung verteilt, und von der die Geschäftsleitung annimmt, dass sie über größere Sachen informiert ist, einen inoffiziellen Streik offiziell ankündigt, dann werden Betriebsleitungen und Meister zusammengetrommelt, um geeignete Gegenmaßnahmen zu treffen. Und genau das ist bei F & G eingetreten.

Natürlich ist es nicht so, dass durch ein Flugblatt die Streikbereitschaft von 100 auf 0 heruntergeschraubt werden kann, genausowenig, wie durch ein Flugblatt eine Belegschaft von 0 auf 100 gebracht werden kann. Aber Streikbereitschaft *und* Streikorganisation sind zwei verschiedene Hüte. Wenn durch eine solche Ankündigung die Streikorganisation ins Wanken gerät, wird die vor jeder Aktion vorhandene Angst und Unsicherheit in der Belegschaft verstärkt. Organisationsmöglichkeit und Streikbereitschaft schlagen dann um in Desorganisation und Mutlosigkeit, wo dann diejenigen Kollegen, die in der Lage waren, Tausende zu organisieren, die ganze Sache abblasen.

Das kann jedoch den KBW nicht erschüttern. Gleichgültig, ob gestreikt wurde oder nicht, die Ortsgruppe Köln des KBW kann voll Stolz eine "Erfolgsmeldung" an die Leitung abschicken. Denn: Hätte der Streik wie vorgesehen stattgefunden, wäre nach der Logik des KBW seine führende Rolle ja insofern erwiesen, als sich die Belegschaft der Flugblatt-Aufforderung des KBW "angeschlossen" hätte, "verschärfte Kampfmaßnahmen" (KBW) zu ergreifen (wobei natürlich unter den Tisch fällt, dass die Kollegen es gar nicht nötig hätten, sich einer kommunistischen Führung anzuschließen, da der Streik auch ohne diese bereits beschlossen war). Da aber (**auf Grund** der "führenden" Rolle des KBW!) nicht gestreikt wurde, brauchte die Gruppe einen Sündenbock. Der KBW ergreift die Gelegenheit beim Schopfe und wirft ein zweites Flugblatt auf den Markt (Wer hat den Streik verhindert?), in dem er die "Gewerkschaftsgrößen" (KBW) im Betrieb "entlarvt" und für die Niederlage verantwortlich macht. Natürlich ist es allgemein richtig, dass Gewerkschaftsbürokraten (ob rechter oder linker Couleur) eine wirksame Interessenvertretung ihrer Mitglieder aktiv verhindern; aber diese Tatsache hatte mit der konkreten Situation absolut nichts zu tun, sie wird hier im Gegenteil zum bloßen Vorwand genommen, um die falsche Politik des KBW zu verschleiern und zu bemänteln.

Wie man jedoch leicht sieht, **kann** der KBW gar keine falsche Politik machen. Entweder er tritt in den selbständigen Kämpfen als führende Kraft hervor, oder, wenn dies aufgrund widriger Umstände nicht gelingt, entlarvt er die Gewerkschaftsgrößen.

Es wäre zu wenig, den KBW daran zu erinnern, was es im Betrieb bedeutet, die eigene Abteilung zu mobilisieren, oder auch nur die Hälfte oder sogar nur ein Drittel der Abteilung: was es bedeutet, vor den Augen der Vorgesetzten die Maschine abzustellen; was es bedeutet, loszuziehen, während der Meister aufgeregt zum Telefon rennt und der Vorarbeiter anfängt, Namen zu notieren. Wenn ein Dutzend zusammen ist, sind wir gerade so mutig, uns durch den Seitenausgang davonzupissen; wenn Hundert zusammen sind, sind wir gerade so mutig, loszumarschieren, und erst wenn Tausend zusammen sind, können wir sagen: Jetzt klappt es.

Wichtiger erscheint uns, dass sich hinter dieser Vorgehensweise des KBW ein Konzept verbirgt. Als im vorigen Jahr beim **Bauer Verlag in Köln** (Großbetrieb der Druckindustrie) der KBW davon Wind bekommen hatte, dass für eine Teuerungszulage gekämpft werden sollte, hatte diese Gruppe nichts Eiligeres zu tun, als am zu erwartenden Streiktag den Streik anzukündigen. Es wurde nicht gestreikt; vielmehr wurde einem Kollegen aus dem Betriebsrat mit der Kündigung gedroht, weil das Flugblatt so aufgezo- gen war, daß die Geschäftsleitung einen Zusammenhang zwischen KBW und Betriebsrat vermutete. Damals konnte man noch glauben, es wäre ein schwerer Ausrutscher gewesen, aus dem der KBW noch hätte lernen können. Das Gegenteil ist der Fall. Nicht nur bei F & G, sogar in einem Kleinbetrieb (Deutscher Gemeindeverlag, etwa 100 Beschäftigte) ist nach alter Holzhackermethode durch die Flugblattpolitik des KBW der Betriebsratsvorsitzende indirekt so denunziert worden, daß am 22. Februar der gesamte Betriebsrat zurückgetreten ist, wobei betont werden muß, daß sich gerade der Betriebsratsvorsitzende nach Kräften bemüht hatte, mit der Belegschaft zusammenzuarbeiten. Ein einziger Informant in der Firma hatte dem KBW gereicht, um diesen großartigen Erfolg zu erringen.

Also: Wenn diese Gruppe schon nicht in der Lage ist, innerbetrieblichen Einfluß zu nehmen, geschweige denn als Führung von der Belegschaft akzeptiert zu werden, dann wenigstens eine Flugblattaktion um jeden Preis nach dem Motto: Wenn ich ewig ins Blaue schieße, treffe ich irgendwann einmal ins Schwarze. Informanten in den Betrieben werden für die Gruppenpropaganda des KBW benutzt und in unverantwortlicher Weise gefährdet. Jeder Betriebskonflikt ist dieser Gruppe recht, die eigene Popularität zu fördern: Die Belegschaft wird Mittel zum Zweck, und die eigene Organisation wird zum Ziel der Politik.

Anstatt nun diese Politik an ihren Ergebnissen zu überprüfen und aus Fehlern zu lernen, wird die Wirklichkeit so zurechtgebogen, daß sie mit den eigenen Ideen und Absichten zur Übereinstimmung gelangt. Diese Verfahrensweise hat mit Marxismus nicht das geringste gemein, im Gegenteil: sie ist im Grunde idealistisch. Nicht die gesellschaftliche Wirklichkeit, nicht Erfahrungstatsachen, sondern Ideen, Texte, Glaubenssätze sind der Ausgangspunkt des Handelns.

Diese Art von Politik hat nicht nur Auswirkungen auf die Belegschaften, sondern auch auf die Linke. In Teilen der Belegschaft von F & G wird diskutiert, dass man solche Flugblätter in Zukunft nicht überhaupt schon vor dem Verteilen einsammeln sollte. Die Kollegen machen keinen Unterschied zwischen KBW, DKP, KPD etc. Alle, die links von SPD und DGB verteilen, sind "die Kommunisten".

Schwerwiegende Fehler, die einzelne Gruppen machen, können sich bitter an der gesamten Linken rächen!

Kollegen aus den betroffenen Betrieben

Wir sind ebensowenig wie die Kölner Genossen der Meinung, dass es sich bei diesen Fehlern des KBW um einen bloßen "Ausrutscher" handelt. Diese Fehler sind bei ihm Prinzip, denn sie sind in seinem falschen Konzept des Parteaufbaus begründet. Der KBW will die revolutionäre Partei auf der Grundlage der Vereinigung der heute bestehenden Gruppierungen der revolutionären Linken um ein gemeinsames Programm aufbauen, obwohl diese Gruppen bisher nicht in der Arbeiterklasse verankert und viele von ihnen noch stark durch ihren studentischen und kleinbürgerlichen Charakter geprägt sind. Weil der KBW, ohne in der Arbeiterklasse eine wirkliche Führung innezuhaben, sich heute schon als Ansatz zur revolutionären Partei versteht, setzt er sich selbst unter den Zwang, eine fiktive Führungsrolle zu spielen. Dort, wo erst eine mühsame und langwierige politische Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit notwendig wäre, versucht der KBW bereits, sich als revolutionäre "Führung" zu präsentieren. Diese Linie muß, wenn der KBW sie konsequent weiter verfolgen will, in die linksradikalistische Sackgasse der RGO-Politik führen, bei der die Gruppe KPD (Rote Fahne) bereits heute angelangt ist.

Der KBW liebt es zwar, gegenüber dem bürokratischen Zentralismus von Gruppen wie der KPD (Rote Fahne) die Offenheit hervorzuheben, mit der politische Differenzen bei ihm selbst ausdiskutiert werden könnten.

Es wird kein Hehl daraus gemacht, dass es in der Gewerkschaftsfrage immer noch Differenzen gibt. J.S., erklärt uns, dass der "Rechtsopportunismus" weiter die "Hauptgefahr" in der Organisation bilde (Politischer Bericht ... S. 14). Die Art, wie der Kampf gegen den "Rechtsopportunismus" allerdings geführt und der Konflikt um die Kühl-Maier-Thesen offiziell beendet wurde, lässt von Offenheit und demokratischer Willensbildung wenig spüren. Vieles spricht dafür, dass es entgegen der offiziellen Beteuerungen keine wirklich offene Auseinandersetzung über die Kühl-Maier-Thesen in der **Gesamtorganisation** gegeben hat, sondern der Konflikt nur bürokratisch gelöst wurde und unter der Oberfläche weiter schwelt. Das deutlichste Indiz dafür ist die Selbstkritik von W. Maier, die in ihrem Stil eine groteske Nachahmung traditioneller stalinistischer Selbstkritiken ist (vgl. W. Maier: "Rechtsopportunismus und Zirkelwesen" in KuK, Jg.2, Nr. I, Febr. 74, S. 75 f.). Hier erklärt W. Maier: *"Ich brauche die Argumente der Kritiker an der rechtsopportunistischen Linie der "Thesen"* (die W. Maier selbst verfasst hatte! Anm. von uns) *nicht zu*

wiederholen. Sie sind schlagend..." Im folgenden zählt W. Maier dann alle seine rechtsopportunistischen Sünden und die des KB Bremen auf. So habe der KB Bremen in der Metalltarifrunde 1972/3 "zunächst zwar den Kampf um die Aufstellung linearer Forderungen in den einzelnen Betrieben mit beträchtlichem Erfolg geführt, als aber der 11%-Beschluß der Tarifkommission nicht umgestoßen werden konnte, sind wir umgeschwenkt auf die Parole "Für die volle Durchsetzung der 11%, weil wir davon ausgingen, nur so in der Tarifrunde noch mitmischen zu können. Das bedeutet: Wir haben es als selbstverständlich angesehen, dass nur in den Tarifrunden, also unter dem Kommando sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer die Arbeitermassen in Bewegung zu bringen sind. Und W. Maier zieht die Schlussfolgerung: *"Im Grunde haben wir es uns nicht zugetraut, den Sozialdemokraten die Führung zu entreißen, indem wir den Massenkampf in die Hand nehmen und organisieren, sondern wir haben uns unter ihrer Führung als eine Flugblätter verfassende, stänkernde Opposition eingerichtet..."* (S. 77) Und er schwenkt ganz auf den Linksradikalismus von J. S. ein.

Um es offen zu sagen: Wir halten diese Selbstkritik mit ihrer abstrakten Kehrtwendung um 180 Grad gegenüber allen früher vertretenen Positionen weder für überzeugend und glaubwürdig, noch glauben wir, dass sie die politische Auseinandersetzung über die Gewerkschaftsfrage innerhalb der revolutionären Linken auch nur den geringsten Schritt vorwärts bringen wird. Diese "Selbstkritik" ist ein Musterbeispiel dafür, wie real bestehende Probleme nicht offen diskutiert und gelöst, sondern **verdrängt** werden. Sie wird deshalb nicht zu einer **wirklichen** politischen Vereinheitlichung führen; die politischen Tendenzen, die J.S. und mit ihm jetzt W. Maier als "rechtsopportunistisch" kritisieren, werden innerhalb des KBW weiter fortbestehen, weil die praktischen Probleme, mit denen die in der Betriebspraxis arbeitenden Genossen sich konfrontiert sehen, nicht offen diskutiert, sondern mit einem voluntaristischen Kraftakt übersprungen werden. Wenn diese Genossen sich von J.S. und seiner Fraktion ebenso an die Wand drängen lassen wie W. Maier es mit seiner "Selbstkritik" getan hat, wird der KBW in der gleichen Sackgasse enden, in der bisher schon viele ML-Parteiaufbauinitiativen gestrandet sind.

Nachbemerkung

Viele theoretische Grundsatzfragen wie z.B. die des Stalinismus und der Einschätzung der chinesischen Entwicklung konnten in dieser Broschüre nicht ausführlich behandelt werden. Wir verweisen dazu auf unsere übrigen Broschüren, insbesondere: "Gegen Reformismus und Stalinismus - Was will die SAG" von Rainer Riehl und "China und die Revolution in der Dritten Welt", hrsg. von der SAG.